

Die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF)

**Zwischenbilanz und
Perspektiven der
internationalen Debatte**

Autor: Rainer Falk

Autor: Rainer Falk, Diplomsoziologe, Mitglied des Vorstands von WEED, Verantwortlicher Herausgeber und Redakteur des Informationsbriefs Weltwirtschaft & Entwicklung, Lehrbeauftragter an der Universität Trier, Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie der Weltwirtschaft, europäische Nord-Süd-Beziehungen und soziale Bewegungen (Kontakt: rfalk@pt.lu).

Inhalt	Seite
1. Die unvollendete Agenda	1
1.1. Verkürzte Debatte	1
1.2. Ausschluss des Südens.....	2
1.3. Felder der Reform	2
2. Der IWF als Chamäleon: Zwischen ordnungspolitischer Disziplinierung und Armutsbekämpfung	3
2.1 Nach der Strukturanpassung der 80er und 90er Jahre.....	3
2.2. Schwerfälliger „Neubeginn“	4
2.3. Erneutes Roll-back?.....	6
3. Der amputierte IWF: Stabilisierung und Regulierung? Fehlanzeige	7
3.1. Hü und hott in der Währungspolitik	7
3.2. Der IWF und der „freie“ Kapitalverkehr.....	7
3.3. Währungsstabilisierung als IWF-Aufgabe.....	8
3.4. Regionalisierung als Alternative?	8
4. Der Fonds als Krisenmanager	9
4.1. Finanzierungsfunktionen und Liquiditätsvorsorge.....	9
4.2. Schuldnerschutz vor dem IWF.....	11
5. Der IWF in der Global Governance	11
6. Zusammenfassung: Der Bauplan für die Reform.....	14
Literatur.....	15

Die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Zwischenbilanz und Perspektiven der internationalen Debatte

ISBN: 3-9806757-6-9

Herausgeber:

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. (WEED)

Bertha-von-Suttner-Platz 13, D-53111 Bonn

Tel.: +49 - (0)228 - 766130

Fax: +49 - (0)228 - 696470

E-Mail: weed@weedbonn.org

Internet: <http://www.weedbonn.org>

Autor: Rainer Falk

Gestaltung: Richard Fritz

Preis: DM 8,- oder € 4,09 (zzgl. Versandkosten)

Bonn, Juli 2001

Diese Publikation wurde **mit freundlicher Unterstützung der C.S. Mott Foundation (USA)** erstellt. Für den Inhalt sind ausschließlich Autor und Herausgeber verantwortlich. Für Hinweise bei der Überarbeitung des Entwurfs dankt der Verfasser Jörg Huffschmid und Barbara Unmüßig.

1. Die unvollendete Agenda

Das vorliegende Papier entwickelt eine reformpolitische Perspektive für den Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese zielt explizit auf die Erneuerung seiner Aufgabenstellungen und institutionellen Strukturen. Die schlichte Abschaffung des IWF, wie von (rechten ebenso wie linken) Kritikern immer wieder gefordert wird, ist ebenso wenig intendiert wie eine bloße Bestandsgarantie für den Fonds oder seine marktkonforme Reduktion zugunsten des privaten Kreditsektors.¹ Auch eine Beschränkung des Fonds auf die Rolle des Krisenmanagers in den aufstrebenden Volkswirtschaften (emerging economies), in Verbindung mit einem Kahlschlag für die große Mehrheit der Entwicklungsländer, wie sie am prominentesten die Meltzer-Kommission gefordert hat,² greift zu kurz. Vielmehr geht es darum, die Funktionen des Fonds im Rahmen der Diskussionen um eine „Neue Internationale Finanzarchitektur“ und eine Reform der internationalen Entwicklungspolitik neu zu bestimmen. Dabei müssen auch grundlegendere, institutionelle Veränderungen ins Auge gefasst werden, die vom heutigen Standpunkt als unrealistisch erscheinen mögen, ohne die aber eine tief greifende Reform des internationalen Finanzsystems nicht denkbar ist.

1.1. Verkürzte Debatte

Die vorherrschenden Positionen des wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Mainstreams in der Debatte um eine „Neue Internationale Finanzarchitektur“ sind nach wie vor durch gravierende Schwachstellen charakterisiert. Dies betrifft zunächst die Reichweite der vorge-

schlagenen und/oder bereits in die Tat umgesetzten Veränderungen. Die Debatte wurde bekanntlich durch die Finanzkrisen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre - die mexikanische Pesokrise 1994/95, die Asienkrise 1997/98 sowie die Lateinamerika- und Russlandkrise 1998/99 - ausgelöst und vorangetrieben. Weithin war offenkundig, dass es sich bei diesen Krisen um schwere Funktionsstörungen auf den globalisierten Finanzmärkten handelte, deren „systemischer“ Charakter außer Frage stand. Bereits die Mexikokrise wurde vom damaligen Geschäftsführenden Direktor des IWF, Michel Camdessus, als „die erste große Krise in unserer neuen Welt der globalisierten Finanzmärkte“ bezeichnet.³ Dennoch sind die im Nachgang zu den Finanzkrisen geführten Diskussionen äußerst begrenzt und unterscheiden sich diametral von den visionären Überlegungen, die einst die Gründer des „Bretton Woods-Systems“ beflügelte.⁴ Während es der Bretton-Woods-Generation darum ging, mittels eines neuen „Grand Design“ für die Weltwirtschaft die Konsequenzen aus der Weltwirtschaftskrise und den Katastrophen zweier Weltkriege zu ziehen, geht es den meisten „Finanzarchitekten“ von heute allenfalls um Feinkorrekturen am bestehenden System. Selbst die Devise von der Notwendigkeit einer „Neuen Internationalen Finanzarchitektur“ wird inzwischen möglichst vermieden, geht es doch im Kern um die „Stärkung“ der bestehenden Finanzordnung und nicht um ihre Erneuerung.⁵

In ihrem Kern beziehen sich die auf „offizieller“ Ebene unterbreiteten

Vorschläge und Veränderungen⁶ auf Regierungspolitiken und nicht auf das Versagen von Märkten, worin die zentrale Ursache der wachsenden Krisenhaftigkeit des internationalen Finanzsystems zu suchen wäre.⁷ So geht es um mehr „Transparenz“ von Seiten der Regierungen der *emerging economies*, wobei diese dazu aufgefordert werden, den Finanzmärkten frühzeitigere und umfassende Informationen über die heimischen Wirtschaftsbedingungen und drohende Veränderungen der politischen Bestimmungen zur Verfügung zu stellen. Die Reformvorschläge konzentrieren sich ferner darauf, die Sicherheiten für internationale Investoren zu erhöhen, indem in den Entwicklungs- und Transformationsländern der Druck zur Einführung von Banksystemen und Kapitalmarktregulierungen nach dem Modell der Industrieländer erhöht wird.

Was den IWF betrifft, so haben diese Diskussionen inzwischen zur Einführung eines neuen elektronischen Informationssystems über die Finanzmärkte (SDDS) und zur stärkeren Ausrichtung seiner *surveillance*-Aktivitäten („Überwachung“) an der Krisenprävention geführt.⁸ Dies kann allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass es insgesamt bislang keine funktionstüchtigen Methoden zur Krisenvorhersage und damit -verhinderung gibt. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist noch die Ausweitung der im Krisenfall zur Verfügung stehenden Kreditmittel (durch die Verdoppelung der Allgemeinen Kreditvereinbarung und die Schaffung zweier neuer Kreditfazilitäten; s. Abschnitt 4 dieses Papiers).

³ Financial Times, 3.2.1995. Vgl. auch: Rainer Falk, *Neue Regeln für die Weltwirtschaft? Der IWF, die Mexiko-Krise und die Aussichten der „Global Governance“*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/1995, S. 428-437.

⁴ Vgl. u.a. Rainer Falk, *Von Bretton Woods zum „Casino-Kapitalismus“ und zurück? Zu Geschichte und Zukunft des internationalen Finanzsystems*, in: Jürgen H. Kreller/Jost H. Wagner (Hg.), *Europa vor globalen Herausforderungen. Beiträge des Trierer Kolloquium Zukunft, IfSF: Trier 2000*, S. 73-92.

⁵ Vgl. den bezeichnenden Titel des jüngsten Positionspapiers des Bundesfinanzministeriums (BMF) zur „Stärkung der internationalen Finanzarchitektur“.

⁶ Für eine neuere Übersicht aus offizieller Sicht s.: Horst Köhler, *Report of the Managing Director to the International Monetary and Financial Committee on the IMF in the Process of Change*, Washington D.C., April 25, 2001.

⁷ Vgl. dazu auch: David Felix, *IMF: Case of a Dead Theory Walking*, in: Foreign Policy in Focus, No. 12/April 2000.

⁸ Andere Maßnahmen, z.B. zur Verstärkung der Bankenaufsicht, zur Bekämpfung der Geldwäsche und zur Einigung auf Verhaltenskodices auf den Finanzmärkten, wurden im Rahmen des Forums für Finanzmarktstabilität, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der OECD ergriffen, die allerdings nicht Gegenstand dieses Papiers sind.

¹ Vgl. auch: Elmar Altvater, *Die neue internationale Finanzarchitektur. Zur Regulation und Reform der internationalen Finanzmärkte*, in: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 40, 21. Jg., 1. Halbjahr 2001, S. 22.
² Vgl. Report of the International Financial Institutions Advisory Commission (im Folgenden: Meltzer-Report), Washington D.C. 2000.

Ein überzeugendes Re-Design seiner Kreditlinien, zumal derjenigen für die ärmsten Länder (s. Abschnitt 2 dieses Papiers), steht hingegen aus.

Während einige Einzelmaßnahmen eingeleitet wurden, wird also eine grundlegende Reform des IWF im Rahmen der Debatte um die internationale Finanzarchitektur von offizieller Seite bislang nicht thematisiert. Ohne eine solche Reform des IWF, die das Kernelement einer Neuen Internationalen Finanzarchitektur bilden müsste, bleiben aber jegliche Bestrebungen zur Reform des globalen Finanzsystems „unvollständig“.

1.2. Ausschluss des Südens

Die Diskussionen und die Entscheidungsprozesse über die Gestaltung der internationalen Finanzarchitektur finden faktisch ohne Einbeziehung der Entwicklungsländer statt. Neben der mangelnden inhaltlichen Reichweite ist dieser faktische Ausschluss des Südens, also der Mehrheit der Mitgliedsländer des IWF, die zweite große Schwäche der gegenwärtigen internationalen Finanzdebatte. Die entscheidungsrelevanten Diskussionen finden entweder in exklusiven Klubstrukturen (wie der G7er-Gruppe) oder in Gremien wie dem IWF selbst statt, in denen die Machtverhältnisse zutiefst asymmetrisch organisiert sind (s. Abschnitt 5 dieses Papiers).

Auch wenn es derzeit keine einheitliche Strategie des Südens für eine Neue Internationale Finanzarchitektur gibt, so sind die Grundelemente einer gemeinsamen Position doch nicht zu übersehen. Auf dem *South Summit* der Gruppe der 77 im April 2000 hob der kubanische Staatschef Fidel Castro die Notwendigkeit hervor, den IWF durch eine demokratische internationale Finanzregulierungsbehörde zu ersetzen⁹. Auch der malaysische Premierminister Mahatir beklagte wiederholt, dass sich der IWF einer wünschenswerten und selbst von Soros geforderten

stärkeren Rolle bei der Regulierung der internationalen Währungsbeziehungen hartnäckig widersetze.¹⁰ Dass sich die Entwicklungsländer verstärkt in die Reformdiskussion einbringen müssen, unterstrich die UN-Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) in ihren jüngsten „Trade and Development Report“. Vorrangig sei die Durchsetzung eines stärkeren Einflusses der Entwicklungsländer im IWF, eine ausgeglichene Behandlung von Schuldnern und Gläubigern, eine Stabilisierung der Wechselkurse und insgesamt eine demokratischere und partizipatorische Gestaltung von Entscheidungsprozessen.¹¹

Die Plädoyers südlicher Nichtregierungsorganisationen (NGOs) klingen nicht wesentlich anders. Walden Bello von „Focus on the Global South“, der dem IWF auf zentralen Gebieten das Mandat entziehen will („decommission the IMF“), verlangt beispielsweise die Einbettung des IWF in eine „pluralistische und demokratische Global Governance“.¹² Martin Khor vom „Third World Network“ unterstreicht die Notwendigkeit, erstens die Entscheidungsprozesse der internationalen Finanzinstitutionen so zu reformieren, dass die Entwicklungsländer adäquate Mitspracherechte erhalten, und zweitens den Inhalt der vom Fonds empfohlenen Politik und Regeln so zu verändern, dass sie mit den Interessen des Südens in Einklang gebracht werden.¹³

Die zitierten Stimmen deuten darauf hin, dass die Entwicklungsländer den IWF nicht nur brauchen, sondern ein besonders starkes Interesse an seiner Zukunft haben. Im Rahmen des heute vorherrschenden internationalen Finanzsystems sind

sie notgedrungenenmaßen auf den Fonds angewiesen, weil ihm eine zentrale „Gütesiegelfunktion“ („seal of approval“) bei der Kreditvergabe zukommt. „On track“ zu sein mit dem IWF ist eine Hauptvoraussetzung für den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten. Hinzu kommt die besonders verwundbare Position der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft. Wie der Generalsekretär der UN-Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD), Rubens Ricupero, auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Herbst 2000 in Prag zu Recht hervorgehoben hat, leiden die Entwicklungsländer stets am meisten, wenn weltwirtschaftliche Ungleichgewichte wie Finanzkrisen nicht auf geordnete Weise bewältigt werden können.¹⁴

1.3. Felder der Reform

Unter Berücksichtigung derartiger Stimmen aus dem Süden gelangt das vorliegende Papier zu der (auf Antrieb vielleicht paradox klingenden) Schlussfolgerung, dass der IWF im Prozess der Reform sowohl gestärkt als auch geschwächt werden muss. Dies ist ganz davon abhängig, um welche Funktionen es geht, die der IWF bislang ausgeübt hat und/oder künftig übernehmen soll. Im Einzelnen unterscheiden wir die folgenden Fonds-Funktionen, ohne deren adäquate Bearbeitung jede Reform-Agenda des IWF unvollendet bleiben muss:

- die gesellschafts- und ordnungspolitische Disziplinierungsfunktion gegenüber den Entwicklungsländern,
- die weltwirtschaftliche Koordinierungs-, Steuerungs- und Regulierungsfunktion, vor allem mit Blick auf die globalen Finanzmärkte,
- die Finanzierungsfunktionen des Fonds, und schließlich
- die sog. Governance-Funktion, die die Entscheidungsprozesse innerhalb des Fonds betrifft.

⁹ Vgl. Fidel Castro, *Für eine neue humane Weltordnung*, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), 03-04/2000.

¹⁰ Vgl. Mahatir interview transcript, October 5, 2000. www.FT.com

¹¹ Vgl. UNCTAD, *Trade and Development Report 2001: Global Trends and Prospects - Financial Architecture* (im Folgenden: TDR 2001), United Nations: Geneva-New York 2001.

¹² Walden Bello, *Jurassic Fund: Should Developing Countries Push to Decommission the IMF?*, in: Far Eastern Economic Review, Dec. 6, 1999.

¹³ Martin Khor, *Globalization and the South: Some Critical Issues*, UNCTAD Discussion Papers, No. 147/April 2000. www.unctad.org

¹⁴ Vgl. Statement by Mr. Rubens Ricupero of UNCTAD to the Ministerial Meeting of the Group of 24 at the IMF and World Bank Meetings, Prague, 23-25 September 2000, www.unctag.org

Die Reform-Agenda, die wir für einen neuen IWF entwickeln, bezieht sich davon ausgehend vor allem auf die folgenden Punkte: die Überwindung der überkommenen Strukturanpassungspolitik (Abschnitt 2), die regulativen Aufgaben des Fonds, vor allem in der internationalen Währungspolitik (Abschnitt 3), die künftige Rolle des IWF als Krisenmanager (Abschnitt 4) und die Demokratisierung des IWF (Abschnitt 5).

2. Der IWF als Chamäleon:

Zwischen ordnungspolitischer Disziplinierung und Armutsbekämpfung

Nach wie vor zieht die Strukturanpassungspolitik, die der IWF seit Anfang der 1980er Jahre in den Ländern des Südens und seit der weltpolitischen Wende Anfang der 90er Jahre auch gegenüber Osteuropa vertritt, massivste Kritik auf sich. Oft wurde beklagt, dass die fast flächendeckend dem Süden aufgeherrschten Strukturanpassungsprogramme (SAPs) die Armut und die Einkommenspolarisierung in den betreffenden Ländern verschärft haben und die Umweltwirkungen der Programme als mindestens problematisch anzusehen sind. Auch gemessen an den eigenen Zielsetzungen (Wiederherstellung von Wachstum und „Schuldendienstfähigkeit“) und bei Berücksichtigung der eigenen oder in Auftrag gegebenen Evaluierungen können die vom IWF induzierten SAPs nicht gerade als Erfolgsgeschichte qualifiziert werden. Inzwischen kommen selbst hochrangige Mitarbeiter der Weltbank zu dem Schluss, dass die Armen in den Entwicklungsländern in der Regel besser gefahren sind, wenn ihre Regierungen die politischen Rat schläge bzw. Vorschriften, die mit den Anpassungskrediten der Bank und des Fonds verbunden waren, *nicht* befolgt haben.¹⁵ Der sog. *Wa-*

shington Consensus, der den neoliberalen SAPs zu Grunde lag, ist brüchig geworden. Manche - etwa der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz - betonten deshalb bereits die Notwendigkeit eines „Post-Washington Consensus“, wobei das „Post“ darauf hindeutet, dass noch nicht so ganz klar ist, worin der neue Konsens denn bestehen könnte.

Immerhin hat der IWF im Herbst 1999 - für viele völlig überraschend - die Armutsbekämpfung in seinen Klientelländern zu einer seiner Hauptaufgaben erklärt. In der Folge wurde die Kreditlinie des Fonds für die ärmsten Länder, die sog. Erweiterte Strukturanpassungsfazilität (ESAF), in eine Fazilität für Armutsbekämpfung und Wachstum (*Poverty Reduction and Growth Facility* - PRGF) umbenannt. Und zur Voraussetzung für die Anwendung der Schuldenerleichterungsinitiative in den ärmsten Ländern (HIPC) wurde jetzt die Erarbeitung eines Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung (*Poverty Reduction Strategy Paper* - PRSP) in einem „partizipativen Prozess“.

Viele, so auch die deutsche Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wiecek-Zeul, feierten diese Entwicklung als einen geradezu „revolutionären“ Umschwung.¹⁶ Doch ist eine Überschätzung der zu konstatierenden Veränderungen ebenso unangebracht wie eine Haltung der Selbstgewissheit nach dem Motto, die erforderlichen Reformen seien auf dem Weg und man könne deshalb getrost zur Tagesordnung übergehen. Denn dies würde verkennen,

2000. Easterly hat gezählt, dass IWF und Weltbank in den 80er und 90er Jahren insgesamt 958 nach dem Strukturanpassungskonzept konditionierte Kredite vergeben haben, an 36 besonders arme Länder alleine jeweils zehn oder mehr solcher Kredite. Mit ganz wenigen Ausnahmen betrug das durchschnittliche Wachstum dieser Länder in den beiden Jahrzehnten Null: „Conditional lending did not cause the zero growth but it certainly failed to deliver 'adjustment with growth'." (*The failure of development*, in: Financial Times, 4.7.2001).

¹⁶ So die Ministerin beispielsweise in einem Schreiben an deutsche NGOs nach dem G7/G8-Gipfel in Köln.

erstens wie tief die neoliberale Strukturanpassungsoffensive der letzten zwei Jahrzehnte in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen des Südens eingegriffen hat;

zweitens wie schleppend und widersprüchlich die in Gang gekommenen Wandlungsprozesse in Wirklichkeit sind; und nicht zuletzt *drittens* wie problematisch auch die neu gefundenen entwicklungspolitischen Konsense und die neue Tagesordnung der internationalen Entwicklungsfinanzierung noch sind.

2.1. Nach der Strukturanpassungsoffensive der 80er und 90er Jahre

Wie bereits erwähnt, sind geordnete Beziehungen zum IWF für die meisten Entwicklungsländer eine Voraussetzung für den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten. Diese „Gütesiegel“- oder „gate keeper“-Funktion erweist sich jedoch, wenn sie sich wie seit Anfang der 80er Jahre mit der spezifischen Strukturanpassungspolitik verbindet, als Instrument einer global angelegten *gesellschafts- und ordnungspolitischen Disziplinierung*, angesichts derer die auch in NGO-Kreisen übliche Rede von der „Rolle des IWF in der Entwicklungsfinanzierung“ einen groben Euphemismus darstellt. Nimmt man die relevanten Untersuchungen der IWF-Programme im Süden, so kann von Beiträgen des IWF zur „Entwicklung“, wie immer man diese definieren mag, und sei es als krudes Wirtschaftswachstum, keine Rede sein.¹⁷ Auch ging die

¹⁷ WEED hat diese Auswirkungen immer wieder kritisch analysiert, vor allem in seinen Schuldenreports; s. zuletzt: WEED (Hg.), *Schuldenreport 1999. Auswege aus der Schuldenkrise der Entwicklungsländer*, Bonn 1999; WEED (Hg.), *Schuldenreport 2000. Schuldenkrise vor der Lösung? Kritische Bewertung der neuen Ansätze zur Entschuldung*, Bonn 2000; s. z.B. auch.: Kevin Watkins, *Der Internationale Währungsfonds. Falsche Diagnose - Falsche Medizin*, Oxfam Deutschland: Berlin 2000; und (als immer noch beste Untersuchung der Umwelteffekte): David Reed (ed.), *Structural Adjustment, the Environment, and Sustainable Development*,

¹⁵ Vgl. zuletzt: William Easterly, *The effect of IMF and World Bank programs on poverty*, World Bank, Washington D.C., October 31,

Reichweite der Programme weit über die bloße Verschärfung sozialer und ökologischer Probleme hinaus. Die zahlreichen einzelnen IWF-Programme waren letztlich Facetten im Rahmen eines global angelegten Herrschafts- und Umstrukturierungsprojekts. In dessen Gefolge sind ganze Volkswirtschaften auf die Erfordernisse des Weltmarkts umgepolt worden; auch die Staatsapparate mussten sich diesen Anforderungen unterordnen, nachdem sie zuvor elementar geschwächt worden waren. Die Umsetzung der neoliberalen Politiken ging einher mit einem tief greifenden Wandel der gesellschaftlichen Strukturen: Nicht nur soziale Netze wurden, wo vorhanden, zerstört, sondern gewachsene Solidarstrukturen und das soziale Gewebe ganzer Gesellschaften schlechthin wurden umgewälzt. Allenthalben gewachsen ist in den SAP-betroffenen Ländern die Atomisierung und Zersplitterung der Gesellschaft, so dass es - über sporadischen Widerstand, die sog. Brotaufstände, hinaus - bis heute extrem schwer fällt, die Gegenkräfte zu formieren und wirksame politische Alternativen zu formulieren.¹⁸

Über die inneren Umwälzungen hinaus sind die Entwicklungsländer stärker als jemals zuvor von den Weltmärkten abhängig und in ihrer Handlungssouveränität beschränkt. Nachdem es in den 1960er und 70er Jahren noch geheißen hatte, die weltwirtschaftlichen Strukturen müssten stärker auf die Bedürfnisse des Südens zugeschnitten werden, lautete die Devise seit Anfang der 80er Jahre genau umgekehrt: Anpassung der Entwicklungsländer an die vom Norden dominierte Weltwirtschaft. Das Projekt der Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung hat die Kapitalabhängigkeit des Südens massiv zugespitzt.

Es ist müßig und letztlich unfruchtbar, angesichts des umfassenden und „ganzheitlichen“ (besser:

totalen) Charakters dieser „neoliberalen Konterrevolution“ (Altvater), danach zu fragen, welche der unbefriedigenden Ergebnisse von SAPs im Einzelnen auf die inneren politischen Veränderungen, das externe wirtschaftliche Umfeld oder gar unkontrollierbare Ereignisse wie Wetterkatastrophen etc. zurückgeführt werden können. Es gehört zu den Lebenslügen der Anhänger neoliberaler Orthodoxie zu behaupten, die Konzepte und *policy prescriptions* seien von den Klienten des IWF im Süden lediglich unbefriedigend und inkonsequent umgesetzt worden, und deshalb seien die Ergebnisse so problematisch. Wie UNCTAD in ihrem *Least Developed Countries Report 2000* zeigt, haben gerade auch die ärmsten Länder im Süden in den 90er Jahren signifikante politische Reformen durchgeführt, vor allem im Bereich der Handelsliberalisierung, der Preis- und Marktreformen und der Schaffung freundlicher Bedingungen für ausländische Direktinvestitionen - insgesamt ist eine „entscheidende Bewegung in Richtung auf eine wirtschaftliche Liberalisierung“ zu verzeichnen.¹⁹

Bestätigt wird diese Sicht in dem jüngsten Weltbank-Report über die globale Entwicklungsfinanzierung. Zur Genugtuung der ausländischen Investoren wurden die Rezepturen des ökonomischen Liberalismus im letzten Jahrzehnt fast flächendeckend umgesetzt: Zugangsbeschränkungen für ausländisches Kapital in bestimmten Sektoren wurden beseitigt, Steueranreize zur Anlockung von Auslandskapital neu geschaffen, und die Bestimmungen über die Rückführung von Profiten ins Herkunftsland liberalisiert. Wie die Weltbank herausgefunden hat, kann heute so manches Entwicklungsland sogar mit einem besseren „Investitionsklima“ aufwarten als viele Industrieländer. Doch der im Gegenzug erhoffte massive Zustrom ausländischen Kapitals blieb weitgehend aus bzw.

blieb weit unter den Erwartungen. Spätestens seit der Asienkrise sind die Hoffnungen, dass der internationale Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer durch die Mobilisierung privater Kapitalströme gedeckt werden könne, einer weit verbreiteten Unsicherheit gewichen.²⁰

2.2. Schwerfälliger „Neubeginn“

Statt jedoch einen klaren Schussstrich unter die bisherige Politik zu ziehen und einen wirklichen Neuanfang zu machen, lässt sich ein Prozess beobachten, dessen Tempo von zahlreichen Faktoren gebremst und dessen erste Ergebnisse bestenfalls widersprüchlich sind. Es scheint zu den Gesetzen zu gehören, die das Leben großer internationaler Bürokratien wie den IWF bestimmen, dass sie selber zur Strukturanpassung unfähig sind. Würde der Bruch mit der neoliberalen Strukturanpassungspolitik ernsthaft praktiziert, könnte die Mitarbeiterzahl des IWF von derzeit über 1000 gut und gerne auf 200 reduziert werden.²¹ Denn die meisten der hoch bezahlten Experten des Fonds sind heute mit dem Mikromanagement der zahllosen Anpassungsprogramme beschäftigt und wären schlicht überflüssig, wenn die Strukturanpassungspolitik aufgegeben statt umgemodelt und die Zuständigkeit für die Formulierung und Ausarbeitung der neuen Armutsstrategien, wie es offizielle Lesart (Stichwort „ownership“) ist, tatsächlich den Entwicklungsländern überlassen würde. Doch statt sich neue Jobs zu suchen, z.B. im privaten Sektor, ar-

²⁰ So hat sich der Anteil der Entwicklungsländer am globalen Kapitalfluss seit Mitte der 90er Jahre auf nur 7,6% halbiert, während ihr Anteil an den weltweit getätigten ausländischen Direktinvestitionen von knapp 35% (1996) auf knapp 16% (2000) zurück ging. Vgl. World Bank, *Global Development Finance 2001: Building Coalitions for Effective Development Finance*, 2 Vol., World Bank: Washington D.C. 2001; sowie als kurze Zusammenfassung: Rainer Falk, *Die Zukunft der Entwicklungshilfe: Private Offensive - öffentlicher Rückzug?*, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Sonderdienst Nr. 1/2001.

²¹ So beispielsweise der Vorschlag von Walden Bello, *Jurassic Fund*, a.a.O..

WWF: London 1996.

¹⁸ Als kritisch-analytische Gesamteinschätzung der Strukturanpassungsoffensive s. Walden Bello, *Dark Victory. The United States, Structural Adjustment and Global Poverty*, TNI: London 1994.

¹⁹ Vgl. im Detail: UNCTAD, *The Least Developed Countries 2000 Report: Aid, Private Capital Flows and External Debt: The Challenge of Financing Development in the LDCs*, New York-Genf 2000, S. 103 ff.

beiten hunderte internationale Bürokraten bereits wieder an der Neufindung ihrer Mission. Das Ergebnis besteht u.a. darin, dass der Fonds in seiner Prioritätensetzung und seinen Instrumenten nur noch schizophrener wird, wie Angela Wood vom *Bretton Woods Project* in England angemerkt hat.²²

Die ersten Resultate dieses Prozesses sind in der Tat äußerst widersprüchlich:

a) *Zunächst* verstärkte die neue Armutsorientierung die ohnehin gegebene Tendenz zur Vervielfachung der mit den IWF-Krediten verbundenen Konditionen und Cross-Konditionen²³. Dabei nahmen in den letzten Jahren besonders die *governance*-bezogenen und sozialen Auflagen zu, ohne dass gleichzeitig mit der überkommenen makroökonomischen Kernkonditionalität gebrochen wurde. So wuchs dem IWF erneut Bedeutung in einem Bereich zu, der sich als der problematischste seiner Gesamtmission erwiesen hat.

Diese Entwicklung kann auf zweifache Weise interpretiert werden: Zum einen kann dem Fonds (vergleichsweise wohl wollend) unterstellt werden, er sei nunmehr ernsthaft um die Lösung der Armutprobleme in den Zielländern bemüht, laufe dabei jedoch fast zwangsläufig in eine Art „Omnipotenzfalle“, in der er jetzt für (fast) alles und jedes verantwortlich gemacht werden könne.²⁴ Zum anderen lässt sich der neue Trend jedoch auch als Fortschreibung einer Tendenz zur ständigen Ausweitung der Funktionen und Befugnisse des Fonds sehen, die bis in die 70er Jahre zurückverfolgt werden kann. Danach führt jede (vom Fonds oftmals mitbewirkte) Krise zu einer Erweiterung der Aufgabenbereiche des IWF und zu einem

Wachstum seiner Bürokratie. Der Fonds schafft sich die Voraussetzungen zur Verstärkung seiner Machtposition gleichsam selbst.²⁵

b) *Zum anderen* sind die neuen Konzepte (wie sie teilweise unter dem Stichwort vom „Post-Washington-Konsens“ diskutiert werden) inhaltlich problematisch. Die neuen Zauberwörter der globalen entwicklungspolitischen Agenda lauten beispielsweise „armutsorientiertes“ („pro-poor“) Wachstum, soziales Re-engineering, „good governance“, partizipatorische Implementierung und mehr „ownership“, wobei diese konzeptionellen Innovationen vor allem eines erreichen sollen: mehr und schnelleres Wachstum²⁶. So löblich der Versuch ist, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Armutsbekämpfung in ein in sich schlüssiges Konzept zu integrieren, so wenig kann dies gelingen, wenn damit nicht die Bereitschaft einher geht, überkommene Prämissen und Prinzipien fallen zu lassen: „Die Hypothese, dass Wachstum dadurch beschleunigt werden kann, dass Sozialpolitiken zu den makroökonomischen Standardpolitiken, die zur Reduzierung der Inflation und der Haushaltsdefizite entworfen wurden, und zu den gängigen Strukturreformen, die für die Öffnung der Ökonomien zum Rest der Welt, zur Förderung von Privatisierung und Deregulierung

entwickelt wurden, hinzugefügt werden, ist nicht sehr überzeugend. Es ist schwer nachvollziehbar, wie Strategien der Armutsreduzierung beschleunigtes Wachstum hervorbringen sollen, zumal es sich hier um neue und unerprobte Mechanismen handelt.“²⁷

c) *Zum Dritten* zeichnet sich bis heute keine angemessene Lösung der Konditionalitätsproblematik ab. Zwar hat insbesondere der neue Geschäftsführende Direktor des IWF, Horst Köhler, erkannt, dass mit der Multiplikation der Konditionen zunehmende Zielkonflikte, eine Überforderung der Nehmerländer und eine im Ergebnis wachsende Ineffektivität der Mittelverwendung einher geht. Doch der im Herbst 2000 eingeleitete Review- und Streamlining-Prozess hat bis heute keine hinlängliche Klarheit in Bezug auf die Neugestaltung der Gesamtkonditionalität des IWF gebracht. So kann eingewendet werden, dass sich die aktuelle Debatte zu stark auf Umsetzungsprobleme konzentriert, während die Ziele und die inhaltliche Substanz der über die Konditionalität beförderten Strukturanpassungspolitik kaum erörtert werden.²⁸

So sehr der Versuch zu begrüßen wäre, die Konditionalität zu vereinfachen, so problematisch wäre es, wenn sich am Ende lediglich eine Verlagerung von Teilkonditionalitäten ergäbe. Mit der Vereinfachung der mit der Auszahlung von Kredittranchen verbundenen Konditionalität kann z.B. eine Verlagerung der Bedingungen in eine frühere Phase einhergehen („prior actions“), in der entschieden wird, ob das betreffende Land überhaupt als Kreditnehmer des IWF in Frage kommt.²⁹ Des Weiteren ist die Tendenz nicht von der Hand zu weisen, dass der IWF künftig zwar auf Teile des bisherigen Mikromanagements in Entwicklungsländern verzichtet, diese dafür aber von der Weltbank übernommen werden, so dass die Nehmerländer im End-

²⁵ Dies lässt sich teilweise auch an der Zunahme der Sonderfazilitäten des IWF im Gefolge diversester Krisenprozesse ablesen: So wurde nach dem Scheitern der 1. Generation von Strukturanpassungsprogrammen in den armen Länder die ESAF geschaffen, die im Zuge des wachsenden Drucks zur Verbindung von Schuldenerleichterungen mit Maßnahmen der Armutsbekämpfung in *Poverty Reduction and Growth Facility* umbenannt wurde. Auf die Asienkrise reagierte der Fonds Ende Dezember u.a. mit der Schaffung der *Supplemental Reserve Facility*, um die Finanzierung der diversen *bail out*-Pakete zu bewerkstelligen. Bruce Rich hat diesen Vorgang am Beispiel der Weltbank sehr anschaulich herausgearbeitet; s. Bruce Rich, *Die Verpfändung der Erde. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise*, Stuttgart 1998.

²⁶ Vgl. den letzten *World Development Report* der Weltbank (Weltbank, *Weltentwicklungsbericht 2000/2001: Bekämpfung der Armut*, UNO-Verlag: Bonn 2001), dessen Hauptautor Ravi Kanbur kurz vor Fertigstellung des Berichts im Mai 2000 zurücktrat.

²⁷ UNCTAD, LDC 2000 Report, a.a.O., S. 27.

²⁸ Vgl. Barbara Unmüßig, *Konditionalitäten und Ownership*, DSE/IMF-Tagung, Berlin, 11./12.6.2001, Ms.

²⁹ Einen solchen Ansatz hatte bereits die Meltzer-Kommission propagiert.

²² Vgl. Angela Wood, *A Crisis Of Identity? Conflicting Roles For The IMF*, www.brettonwoodsproject.org

²³ Im Durchschnitt beinhaltet jedes Strukturanpassungsprogramm zuletzt 23 Einzelkonditionen.

²⁴ Vgl. dazu im Einzelnen: Devesh Kapur/Richard Webb, *Governance-related Conditionalities of the International Financial Institutions*, G-24 Discussion Paper Series, Geneva, No. 6/August 2000.

effekt kaum mit weniger Konditionalität konfrontiert wären. „Es ist eine Illusion, dass der IWF seine Rolle und Beratungstätigkeit auf Kernbereiche seiner Expertise beschränkt“, resümiert deshalb eine Beobachterin die derzeitige Konditionalitätsdebatte.³⁰

Die unzureichende Umsetzung des Versprechens, die Konditionalität des Fonds zu vereinfachen, bezieht sich im Übrigen keineswegs nur auf das Agieren des IWF gegenüber den ärmsten Ländern. Auch die jüngsten Bail-out-Programme des Fonds für die Türkei und Argentinien ließen keinen nennenswerten Bruch mit der bisherigen Praxis erkennen. Sie beinhalteten ein breites Spektrum von Konditionalitäten, die die nationalen wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungsstrategien dieser Länder betrafen, darunter die Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft, die Reform des Agrarsektors, die sozialen Sicherungs- und Pensionssysteme, die Industrie- und Wettbewerbspolitik sowie die Handelspolitik.³¹

d) Nicht ohne Fallstricke ist *viertens* auch die in engem Zusammenhang mit der Konditionalitätsproblematik geführte *Ownership*-Debatte. „Der löbliche Versuch, die heimische 'ownership' von Reformprogrammen zu erhöhen,“ schreibt z.B. UNCTAD, „könnte leicht dadurch wieder unterminiert werden, dass sich dies nur auf schwach ausgebildete heimische Kapazitäten stützen kann, und auch dadurch, dass der Prozess selbst nur ein enges Spektrum akzeptabler Programme zulässt.“³² Was ist beispielsweise, wenn die Ergebnisse der *ownership* nicht so ausfallen, wie die Gläubigerländer das erwarten, wo darunter nach Lesart der Industrieländer doch zu verstehen ist, „dass ein Land hinter dem mit dem IWF erarbeiteten Reformprogramm steht und dieses als sein eigenes akzeptiert“³³? Die inzwischen durch den

IWF vorgelegten Vorschläge haben in der Tat „mit einer Stärkung von Ownership und nationalen Aushandlungsprozessen wenig zu tun. Die vorgelegten Pläne deuten vielmehr darauf hin, dass die beiden Bretton-Woods-Institutionen vor allem ihre eigene Arbeitsteilung neu organisieren und definieren. Das bedeutet nicht, dass wirtschaftspolitische Entscheidungen an die kreditnehmenden Länder zurück gegeben werden.“³⁴ Genau dies wäre aber das entscheidende Kriterium, das eine wirkliche Neuorientierung der Vergabepolitik des Fonds zu erfüllen hätte.

2.3. Erneutes Roll-back?

Seit dem Amtsantritt der neuen Bush-Administration verdichten sich allerdings die Anzeichen dafür, dass die bescheidenen Ansätze zu einer Neuorientierung in der Strukturanpassungspolitik unter dem Einfluss Washingtons wieder zurückgedrängt werden könnten. Der frische Wind, der mit der Infragestellung des Washington Consensus in die entwicklungspolitische Debatte gekommen war, ist spürbar abgeflaut.

Es begann mit einer Art Neuerung der Ökonomie durch den neuen US-amerikanischen Finanzminister Paul O'Neill. Ihm zufolge sind die Finanzkrisen der letzten Zeit im Wesentlichen hausgemacht und auf die „Abwesenheit“ kapitalistischer Strukturen zurückzuführen (und nicht auf „zu viel Kapitalismus“) - eine Diagnose, auf Grund derer ihm die „Financial Times“ das Prädikat „First World fundamentalism“ zuerkannte.³⁵ Inzwischen sprechen Beobachter sogar von einem „unübersehbaren Dissens“ zwischen O'Neill und dem Geschäftsführenden Direktor des IWF, Horst Köhler.³⁶ Während Köhler in Interviews am Rande der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank 2001 davor warnte, die Klienten des

Fonds dürften „nicht mit zu vielen Reformen auf einmal überfordert werden“, und künftig müsse der Eindruck vermieden werden, der IWF sei „nur das Instrument seiner wichtigsten Anteilseigner“, gab O'Neill die Devisen aus „Erst Reform, dann Kredit“, was darauf hindeutet, dass nach den Vorstellungen des *US Treasury* die Zügel gegenüber den Empfängerländern von IWF-Krediten wieder angezogen werden sollen.

Wohin die Reise geht, wird schließlich durch die Personalpolitik der neuen US-Administration im IWF angezeigt. Mit Anne Krueger haben die USA eine ausgewiesene Anhängerin des Washington Consensus als Nachfolgerin von Stanley Fisher auf dem Posten des Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktors des IWF ernannt, die im Kreise der *Reaganites* ihre Karriere machte und bereits in den 80er Jahren als Chefökonomin der Weltbank das „Roll back“ im Nord-Süd-Konflikt mit organisierte. Auch die Neubesetzungen der Funktionen des IWF-Chefökonom (mit Kenneth Rogoff) und des politischen Direktors des Fonds (mit Timothy Geithner) deuten nicht auf eine Stärkung des Reformwillens innerhalb des Fonds.³⁷ Eher schon steht eine Wiederherstellung der traditionellen Rolle des IWF als Kontrollinstanz des Nordens über den Süden zu erwarten.³⁸

Genau das Gegenteil wäre jedoch die erste und elementarste Voraussetzung für einen wirklichen Reformprozess im IWF: Der Fonds müsste wirtschaftspolitisch „abrüsten“ und auf die Rolle als gesellschafts- und ordnungspolitischer Disziplinierungsmechanismus, die er derzeit im einseitigen Interesse der Gläubigerländer ausübt, verzichten.

³⁰ Angela Wood, *Carrots and Sticks: a quick fix for IMF conditionality*, April 2001, unter: www.brettonwoodsproject.org

³¹ Vgl. UNCTAD, TDR 2001, a.a.O.

³² UNCTAD, LDC 2000 Report, a.a.O. S. 27.

³³ So das deutsche Bundesfinanzministerium in einem Papier: BMF, *Stärkung der internationalen Finanzarchitektur. Überlegungen zur*

Reform des IWF und der Finanzmärkte, Berlin, 1. März 2001.

³⁴ Barbara Unmüßig, *Konditionalitäten und Ownership*, a.a.O.

³⁵ Vgl. *Financial Times*, 17.2.2001.

³⁶ So Jörg Goldberg, *IWF und Weltbank unter Bush*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 6/2001, S. 661.

³⁷ Vgl. *Financial Times*, 8.6.2001; *Luxemburger Wort*, 11.6.2001.

³⁸ Vgl. auch: John Gershman, *The Resurgence of the Washington Consensus*, in: *Foreign Policy In Focus*, *Global Affairs Commentary*, unter: www.fpi.org

3. Der amputierte IWF: Stabilisierung und Regulierung? Fehlanzeige

3.1. Hü und hott in der Währungspolitik

Während es inzwischen fast schon zum guten Ton gehört zu betonen, dass sich der IWF auf sein „Kerngeschäft“ konzentrieren bzw. auf die ihm ursprünglich zugeordneten Aufgabenstellungen zurückgeführt werden sollte, sind wirkliche Veränderungen in dieser Richtung bis heute nicht zu erkennen. Wir leben in einem „Zeitalter finanzieller Instabilität“ (Martin Wolf)³⁹, doch gerade die traditionell ureigenste Kernkompetenz des Fonds, die Sorge um die Stabilität der Währungen und der Wechselkurse (schließlich trägt er den Namen „Internationaler Währungsfonds“!), führt ein Schattendasein in seiner Tätigkeit. Nachdem die Überwachung des Systems fixer Wechselkurse (einschließlich deren gelegentlicher Anpassung) mit dem Zusammenbruch der Bretton-Woods-Arrangements Anfang der 70er Jahre hinfällig wurde, beschränkten sich die währungspolitischen Aktivitäten des Fonds mehr oder weniger auf Ratschläge im Rahmen seiner *surveillance*-Tätigkeit auf Länderebene. Und in dieser Hinsicht war die Rolle des Fonds widersprüchlich bis zweifelhaft und problematisch.

Wie die Häufung von Finanzkrisen seit Mitte der 70er Jahre zeigt, haben sich die mit der Freigabe der Wechselkurse und dem Übergang zum Floaten verbundenen Versprechungen der Stabilisierung der Währungsverhältnisse über den Markt nicht erfüllt. Die Herstellung adäquater Wechselkurse, der harmonische Ausgleich der Zahlungsbilanzen und die Überwindung der Ungleichgewichte zwischen Überschuss- und Defizitländern lassen bis heute auf sich warten. In Bezug auf die in Län-

dern mit „aufstrebenden Volkswirtschaften“ (*emerging economies*) erwünschte Währungspolitik hat der IWF innerhalb kurzer Zeit eine wirtschaftspolitische Kehrtwende um 180 Grad vollzogen. Während er bis zur Asienkrise 1997/98 stets eine Fixierung der nationalen Wechselkurse zum Dollar (mit der Möglichkeit zur Anpassung; sog. „soft pegs“) empfahl, um dem Interesse internationaler Kapitalanleger an der Wertstabilität ihrer Anlagen gerecht zu werden, hat sich nach der Krise ein neuer währungspolitischer Mainstream herausgebildet. Dieser besteht darin, dass entweder eine völlige Freigabe der Wechselkurse oder aber völlig fest fixierte Wechselkurse (in Form eines *currency boards* oder der offenen Dollarisierung; sog. „hard pegs“) ohne Anpassungsmöglichkeiten empfohlen werden.⁴⁰ Sieht man einmal von den mit beiden Varianten verbundenen Problemen der Einschränkung oder Aufgabe der währungspolitischen Autonomie ab⁴¹, so ergibt sich vor allem der Einwand, dass *beide* Optionen, die die Dauerdiskussion um den „angemessenen Wechselkurs“ bestimmen, künftige Finanzkrisen nicht verhindern können:

„Welche Option auch immer gewählt wird, sie wird nicht in der Lage sein, eine adäquate Festlegung und Stabilisierung des Wechselkurses in Entwicklungsländern sicherzustellen, solange die Hauptreservewährungen selbst so instabil und schwankend und die internationalen Kapitalflüsse volatil und der Kontrolle der Empfängerländer entzogen sind... Kurz gesagt: Es gibt keine befriedigende unilaterale Lösung des Wechselkursproblems auf den *emerging markets*,

insbesondere unter den Bedingungen freier Kapitalbewegungen.“⁴²

3.2. Der IWF und der „freie“ Kapitalverkehr

In gewisser Hinsicht ist die Wechselkursinstabilität nur die Kehrseite der Instabilität der internationalen Kapitalbewegungen. Die Rolle, die der IWF seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems bei der Liberalisierung der Kapitalmärkte spielte, entsprach nicht zufällig seiner Enthaltensamkeit auf dem Gebiet währungspolitischer Interventionen. Obwohl die *Articles of Agreement* des IWF ausdrücklich den Rückgriff auf nationale Kapitalverkehrskontrollen zur Regulierung internationaler Kapitalbewegungen vorsehen (Art. VI, Abs. 3), hat der Fonds seit den 80er Jahren im Rahmen seiner *surveillance* verstärkt auf die Aufhebung der nationalstaatlichen Beschränkungen im grenzüberschreitenden Kapitalverkehr gedrängt. Bis zur Asienkrise hat er versucht, durch eine Statutenänderung das Mandat für die Durchsetzung der Liberalisierung des Kapitalverkehrs bzw. die Beseitigung von Kapitalverkehrskontrollen („*capital account liberalization*“) zu bekommen.

Inzwischen wird zugegeben, dass die durch den IWF geförderte Liberalisierung der Kapitalmärkte ein, wenn nicht der Hauptfaktor war, der die weltweite Zunahme von Finanzkrisen verursacht hat. Doch die neuen Einsichten des Fonds reichen nur so weit, den Entwicklungsländern in puncto Kapitalverkehrsliberalisierung zur „Vorsicht“ bei der Abfolge einzelner Schritte zu raten und diese insbesondere mit der Errichtung effizienter Regelungen für den heimischen Finanzsektor abzustimmen. Das Ziel der Mandatsänderung ist allenfalls aufgeschoben, keinesfalls aufgehoben.⁴³

⁴⁰ Auch der viel diskutierte Meltzer-Report macht hier keine Ausnahme. Er empfiehlt, „dass Länder pegged oder anpassbare Kurse vermeiden sollten. Der IWF sollte seine politischen Konsultationen nutzen, um entweder fest fixierte Kurse (*currency board* oder Dollarisierung) oder völlig freie Kurse zu empfehlen.“ (Report of the International Financial Institutions Advisory Commission, Washington D.C. 2000, S. 8)

⁴¹ S. dazu auch: Elmar Altvater, *Neue Wege in die Abhängigkeit: Paradoxie der Dollarisierung*, in: W&E 06/2001.

⁴² UNCTAD, *Trade and Development Report 2001*, a.a.O., S. 67.

⁴³ Auch das Bundesfinanzministerium hält als „mittelfristiges Ziel“ ausdrücklich an der Aufnahme der Kapitalverkehrsliberalisierung in das Mandat des IWF und „entsprechender Verpflichtung der Mitgliedsländer“ fest; vgl. BMF, a.a.O., S. 10.

³⁹ *The age of financial instability*, in: Financial Times, 13.6.2001.

3.3. Währungsstabilisierung als IWF-Aufgabe

Dass der Mainstream in der Debatte um die internationale Finanzarchitektur bis heute nicht ernsthaft nach dem möglichen Beitrag des IWF zur währungspolitischen Stabilisierung fragt, ist politischen Faktoren geschuldet (vor allem der mangelnden politischen Bereitschaft der wichtigsten Mitgliedsländer des Fonds) und nicht etwa dem Umstand, dass es keine Erfolg versprechenden Modelle für eine andere internationale Währungspolitik jenseits des bloßen Laissez-faires gäbe.⁴⁴ Allerdings würde eine stärkere globale währungspolitische Rolle des Fonds ein Mindestmaß an Bereitschaft der großen Industrieländer voraussetzen, den IWF als Instrument der Koordination ihrer eigenen Wirtschaftspolitik zu nutzen. Doch in dieser Rolle haben sie den IWF (mit seinen inzwischen 183 Mitgliedern) bezeichnenderweise niemals akzeptiert, weswegen sie schließlich 1975 ihren eigenen Klub, die Gruppe der 7, gegründet haben.

Obwohl er durch den Mainstream zumeist kurzerhand beiseite geschoben wird, taucht immer wieder ein Vorschlag in der internationalen Debatte auf: die Idee zur Einführung von Wechselkurszielzonen zwischen den drei Hauptwährungen (Dollar, Yen und Euro), die multilateral überwacht werden müssten.⁴⁵ Wie zuletzt vom Sekretariat der UNCTAD im *Trade and Development Report 2001* vorgeschlagen, müsste dies mit der Bereitschaft der wichtigsten

Länder einhergehen, diese Zonen durch koordinierte Interventionen am Markt und durch einen wirtschaftspolitischen Koordinationsmechanismus zu verteidigen. Die Überlegungen gehen davon aus, dass sich ein solches Arrangement positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken würde und einen stabilisierenden Effekt auf die Währungsmärkte hätte, so dass die Notwendigkeit zur Intervention im Zeitverlauf abnehmen würde.

Ein solcher Zielzonenmechanismus könnte durchaus beim IWF angesiedelt werden, der ihn zu überwachen und das Management gegebenenfalls erforderlicher Anpassungen zu übernehmen hätte.⁴⁶

Der Zielzonenvorschlag existiert in verschiedenen Varianten unterschiedlicher Reichweite. In der Bundesrepublik war der Vorschlag für kurze Zeit vom ehemaligen Finanzminister Oskar Lafontaine ins Gespräch gebracht worden; eine „weiche“ Variante entwickelte Wolfgang Filc in seiner Zeit als BMF-Abteilungsleiter mit der Idee der „gestalteten Flexibilität der Wechselkurse“⁴⁷. Am anderen Ende der Skala steht die Vision einer einheitlichen Weltwährung mit einer Weltwährungsbehörde („World Monetary Authority“)⁴⁸, die ein wesentlich höheres Maß an internationaler wirtschaftspolitischer Konvergenz und ökonomischer Integration als der Zielzonenvorschlag voraussetzt. Allerdings ist unübersehbar, dass auch ein globales Währungsarrangement

über Zielzonen und Bandbreiten angesichts der Position der wichtigsten Industrieländer in der Wechselkursfrage in absehbarer Zeit nicht besonders realistisch ist.

3.4. Regionalisierung als Alternative?

Vor diesem Hintergrund wird das Zielzonenkonzept in jüngster Zeit verstärkt in Verbindung mit der Möglichkeit von währungspolitischen Arrangements auf regionaler Ebene diskutiert. Eine solche Regionalisierungsperspektive schliesse auch eine Regionalisierung von IWF-Funktionen ein. Von Interesse sind in diesem Zusammenhang vor allem die europäischen währungspolitischen Erfahrungen nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und die Diskussionen nach der Asienkrise.

Nachdem der japanische Vorstoß zur Schaffung eines Asiatischen Währungsfonds (AWF) nach dem Ausbruch der Asienkrise schnell durch das US-Finanzministerium und die Führung des IWF zurückgewiesen worden war, weil diese eine Einschränkung des Monopolanspruchs des IWF im internationalen Krisenmanagement befürchteten, wird seither über bescheidenere regionale Währungsarrangements in Asien diskutiert. Zugleich wächst auch in anderen Regionen, z.B. in Lateinamerika, das Interesse an regionalen Währungsmechanismen, die auch als Alternative zur Dollarisierung gesehen werden. Allerdings zeigen die Erfahrungen mit der Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der Einführung des Euro in Europa, dass derartige Prozesse nur langfristig gedacht werden können.⁴⁹

Für regionale Währungsverbünde im Süden ist ferner von erheblicher Bedeutung, ob diese eine Währung einschließen, die gegebenenfalls als „Lender of Last Resort“ bzw. als „harte“ Ankerwährung tauglich ist. In Asien wäre dies mit dem Yen der

⁴⁶ Vgl. UNCTAD, TDR 2001, a.a.O., S. 65ff und S. 109 ff.

⁴⁷ Vgl. Wolfgang Filc, *Mehr Wirtschaftswachstum durch gestaltete Finanzmärkte. Nationaler Verhaltenskodex und internationale Kooperation*, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 1/1998, S. 22-38. Zuletzt hat Jörg Hufschmid in einem Reformszenario für IWF und Weltbank vorgeschlagen, den IWF auf das Wechselkursmanagement und die Krisenprävention im Rahmen einer währungspolitischen Stabilisierungskonzentration zu konzentrieren; vgl. Jörg Hufschmid, *Demokratisierung, Stabilisierung und Entwicklung. Ein Reformszenario für IWF und Weltbank*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2000, S. 1345-1354.

⁴⁸ Vgl. dazu: John Eatwell/Lance Taylor, *Towards an Effective Regulation of International Capital Markets*, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 3/1999, S. 279-286.

⁴⁹ Zur Geschichte der währungspolitischen Anstrengungen in Europa s. u.a.: Barry Eichengreen, *Vom Goldstandard zum Euro. Die Geschichte des internationalen Währungssystems*, Berlin 2000, bes. S. 183 ff.

⁴⁴ Das derzeitige internationale Währungssystem mit völlig freien Wechselkursen hat der US-Ökonom David Felix treffend als „Non-System“ oder „Pseudo-System“ bezeichnet, weil es durch das Nichtvorhandensein wesentlicher währungspolitischer Arrangements charakterisiert ist; vgl. die immer noch vorzügliche Zwischenbilanz der Diskussion um die Reform der globalen Finanzarchitektur: David Felix, *Reform der globalen Finanzarchitektur: Bretton Woods Light oder: Die nächsten Schritte*, in: W&E, Sonderdienst Nr. 7/1999.

⁴⁵ Zum Überblick über die Diskussion vgl. Michael Frenkel/Lukas Menkhoff, *Stabile Weltfinanzen? Die Debatte um eine neue internationale Finanzarchitektur*, Springer: Berlin u.a. 2000, S. 52 ff.; sowie: Jörg Hufschmid, *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, VSA: Hamburg 1999, S. 196 ff.

Fall. Wo eine solche Währung nicht zur Verfügung steht bzw. eine Währungsunion nur als „Dollarisierung“ oder „Euroisierung“ denkbar wäre, könnte als mögliche Alternative die Fixierung der lokalen Währungen gegenüber den Sonderziehungsrechten (SZR) des IWF in Erwägung gezogen werden. Da der Wert der SZR aus einem „Währungskorb“ gebildet wird, würde ein solches Modell immerhin eine „diversifizierte Abhängigkeit“ beinhalten.

So begrenzt die bisherigen Initiativen in Ostasien auch sein mögen, sie bilden möglicherweise den derzeit konkretesten Ansatzpunkt für weitgehendere Überlegungen. So besteht inzwischen eine Verabredung zwischen wichtigen asiatischen Ländern, im Falle künftiger Finanzkrisen die jeweiligen Währungsreserven zur Abwehr internationaler spekulativer Attacken zu poolen (sog. Währungs-Swap). Davon ausgehend könnten in Zukunft auch wieder ehrgeizigere Modelle zum Zuge kommen, wie sie in einem Dreistufenzenarium zusammengefasst werden können: In einer ersten Phase könnte ein regionaler Liquiditätsfonds geschaffen werden, der die beteiligten Länder im Krisenfall von IWF-Mitteln unabhängiger macht. In einer zweiten Phase könnten regionale Wechselkursverbände mit Zielzonen folgen. Schließlich würde in einer dritten Stufe die Etablierung einer regionalen Wirtschafts- und Währungsunion auf die Tagesordnung kommen.⁵⁰

Einen interessanten Vorschlag hat in diesem Zusammenhang kürzlich der Nobelpreisträger für Ökonomie, Robert Mundell, auf einer Tagung der Asiatischen Entwicklungsbank unterbreitet. Nach Mundell braucht Asien eine gemeinsame Währung, die in einem ersten Schritt als Parallelwährung zu den bestehenden eingeführt werden könnte. Um die Position der asiatischen Länder im IWF zu stärken, schlägt er die Einrichtung eines asiatischen Caucus im IWF und die Durchsetzung eines asiatischen Ge-

schäftsführenden Direktors im IWF vor. Parallel zur Beeinflussung der internationalen Agenda im Sinne einer weit reichenden Reform des internationalen Währungssystems sollten die „ASEAN-plus-drei“-Staaten (ASEAN plus Japan, China und Südkorea) umgehend ein Komitee bilden, um die Möglichkeit einer einheitlichen asiatischen Währung zu studieren und mit der regelmäßigen und gegenseitigen *surveillance* der notwendigen ökonomischen Konvergenzprozesse zu beginnen. Am Ende des Prozesses könnte dann die Errichtung eines Asiatischen Währungsfonds stehen, der nach den ursprünglichen *Articles of Agreement* des IWF ausgestaltet werden könnte.⁵¹

4. Der Fonds als Krisenmanager

Solange die Möglichkeit von Finanzkrisen nicht prinzipiell ausgeschlossen werden kann, muss es eine internationale Instanz und einen internationalen Mechanismus geben, die im Falle des Krisenausbruchs zum Zuge kommen. Dies betrifft sowohl die Bereitstellung von überbrückenden Finanzmitteln während der Krise als auch die Modalitäten, nach denen die Krise überwunden wird. In beiderlei Hinsicht spielte der IWF bislang eine herausragende Rolle. Dies betrifft sowohl seine Rolle als De facto-Lender of Last Resort als auch die grundsätzliche Regelung des Gläubiger-Schuldner-Verhältnisses.

4.1. Finanzierungsfunktion und Liquiditätsvorsorge

Nach den ursprünglichen Vorstellungen der „Väter von Bretton Woods“ sollte eine wesentliche Aufgabenstellung des IWF in der Versorgung des internationalen Finanzsystems mit Liquidität bestehen, so dass ein

harmonischer und ungestörter Verlauf der weltwirtschaftlichen Entwicklung gewährleistet wäre. Diese Finanzierungsfunktion des IWF ist jedoch weitgehend auf die Ausgabe von Notfalkrediten („emergency financing“) begrenzt worden, deren Umfang grundsätzlich an die Bereitschaft der Mitgliedsregierungen gebunden blieb, die entsprechenden Finanzmittel auch bereitzustellen. Grundsätzlich muss zwischen wirklicher Liquiditätsvorsorge, bei der die Mittelbereitstellung in Krisensituationen gleichsam automatisch erfolgt, und der gängigen Praxis der Notfalkredite unterschieden werden.⁵² Obwohl der Fonds grundsätzlich die Fähigkeit besitzt, durch die Ausgabe von Sonderziehungsrechten (SZR) selbst Zahlungsmittel zu schaffen, hat er diese Möglichkeiten bislang nur in sehr begrenzter Weise genutzt. Dessen ungeachtet ist die Ausreichung von Notfalkrediten - oftmals geschnürt zu einem Notstandspaket, den sog. „Bail out“-Paketen - in der jüngsten Vergangenheit, vor allem seit der Asienkrise, stark angewachsen.

Der IWF verfügt heute über eine Fülle und ein breites Spektrum von Fenstern, sog. Fazilitäten, aus denen im Notfall Kredite vergeben werden können. Die Kreditkategorien sind teilweise auf spezifische Ländergruppen zugeschnitten und reflektieren teils deren unterschiedliche Bedürfnisse, aber auch deren unterschiedlich starke Verhandlungsmacht gegenüber dem Fonds. Im Wesentlichen können dabei unterschieden werden.⁵³

erstens die Instrumente zur Überbrückung traditioneller Zahlungsbilanzengpässe, die entweder durch interne wirtschaftspolitische Fehler oder durch herkömmliche

⁵² Dies ist ein wichtiger Unterschied, auf den Gerry Helleiner hingewiesen hat; vgl. Gerald Karl Helleiner, *Markets, Politics and Globalization: Can the Global Economy be Civilized?*, 10th Raúl Prebisch Lecture, Geneva, 12 December 2000.

⁵³ Vgl. dazu auch: Stephany Griffith-Jones/José Antonio Ocampo, *Facing the Volatility and Concentration of Capital Flows*, in: Jan Joost Teunissen (ed.), *Reforming the International Financial System. Crisis Prevention and Response*, FONDAD: The Hague 2000, S. 50.

⁵⁰ Vgl. dazu: Heribert Dieter, *Monetary Regionalism: Regional Integration without Financial Crisis*, CSGR Working Paper, No. 52, University of Warwick, May 2000.

⁵¹ Vgl. dazu: Robert Mundell, *Poverty, Growth, and the International Monetary System*, Keynote Address held at the Asian Development Bank, 5-9 February 2001.

externe Schocks, z.B. fallende Terms of Trade oder plötzlich steigende Zinssätze in Industrieländern (oder beides), verursacht sein können; hier stehen dem IWF die üblichen *Stand-By-Arrangements* (SBA), die *Extended Fund Facility* (EFF) und die *Compensatory Financing Facility* (CFF) zur Verfügung; von diesen Kreditlinien können prinzipiell alle Mitgliedsländer des Fonds Gebrauch machen;⁵⁴

zweitens spezifische Kreditlinien zur Finanzierung der sog. „Krisen des 21. Jahrhunderts“ (Camdessus), die seit der mexikanischen Pesokrise sukzessive geschaffen wurden und die hauptsächlich auf die Volatilität von Kapitalflüssen in Verbindung mit Regulierungsdefiziten in den nationalen und internationalen Finanzsystemen zurückgeführt werden können; dazu gehören (neben der Ende 1998 in Kraft getretenen Neuen Kreditvereinbarung - „New Arrangement to Borrow“) die *Supplemental Reserve Facility* (SRF; aus der die meisten „Bail outs“ finanziert wurden) und die *Contingent Credit Line* (CCL; die anlässlich der Brasilienkrise Anfang 1999 geschaffen wurde und der Krisenvorbeugung dienen soll, bis heute aber noch nicht in Anspruch genommen wurde);

drittens eine spezifische Kreditlinie, die das Interesse der ärmeren Entwicklungsländer an niedrigeren Zinssätzen und längeren Laufzeiten von IWF-Krediten aufgreift; dazu gehört traditionell die *Enhanced Structural Adjustment Facility* (ESAF), die kürzlich in *Poverty Reduction and Growth Facility* (PRGF) umbenannt wurde.

Dieses Spektrum unterschiedlicher Finanzierungsinstrumente steckt zugleich das Spannungsfeld ab, in dem sich in letzter Zeit die Diskussionen über die Finanzierungsfunktionen des IWF bewegt haben. Wäh-

rend beispielsweise die Meltzer-Kommission generell den Umfang der Notfallfinanzierung durch den IWF zurückfahren will, weil diese dem „moral hazard“ der privaten Kreditgeber Vorschub leiste, ist auf NGO-Seite insbesondere kritisiert worden, dass sich der IWF mit seinen ESAF- und PRGF-Programmen im Bereich langfristiger Entwicklungsfinanzierung engagiere, wozu ihm die notwendige Expertise fehle⁵⁵.

Beide Argumentationslinien verkennen jedoch die Rationalität, der eine Überbrückungsfinanzierung des IWF im Krisenfall folgen muss: Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die Bewältigung von Krisen noch kostspieliger werden würde, wenn es zu einer quantitativen Einschränkung der Finanzierungsrolle des IWF käme - nur dass diese Kosten dann anderweitig aufgebracht werden müssten. Auch ist die Annahme falsch, dass mit internationalen Rettungspaketen automatisch ein Bail-out für private Kreditgeber und Spekulanten einher geht. Entscheidend ist vielmehr, dass das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis im Krisenfall wirksam und gleichberechtigt reguliert ist (s. dazu Abschnitt 4.3.). Schließlich müssen Finanzmittel im Krisenfall rasch ausgezahlt werden, wenn sie eine antizyklische Wirkung entfalten sollen.

Ähnlich verhält es sich auch in Bezug auf die Qualifizierung von ESAF/PRGF als Instrumente der Entwicklungsfinanzierung: Nicht die Laufzeit oder der Zinssatz der Programme ist der entscheidende Punkt, sondern der Missbrauch von IWF-Mitteln zur Durchsetzung der neoliberalen Agenda in den ärmsten Ländern. Wie andernorts gezeigt wurde, wurde ESAF nur vor dem Hintergrund der Erfolglosigkeit der orthodoxen Anpassungspolitik als Zusatz- bzw. Hilfsinstrument zur effektiveren Durchsetzung von deren Zielstellun-

gen konzipiert. Die Stabilisierungserfolge dieser Programme und die intendierte Rückkehr zu Wachstum und Entwicklung waren äußerst begrenzt⁵⁶. Statt jedoch ein Re-Design der Kreditlinien unter dem Gesichtspunkt kurzfristiger Stabilisierungsziele vorzunehmen, feierte mit der Umbenennung in PRGF die Idee, dem Fonds neue entwicklungspolitische Schlüsselaufgaben zu übertragen (Stichwort: Armutsbekämpfung) schnell wieder fröhliche Urständ' (s.o.).

Dieses Dilemma ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in die Gestaltung und Konditionierung der Finanzierungsinstrumente unmittelbar die jeweiligen Interessenlagen und konzeptionellen Vorlieben der wichtigsten Anteilseigner des Fonds eingehen, die letztlich die Finanziere dieser Programme sind. Ein Ausweg würde voraussetzen, dass die Hauptanteilseigner einer Reduzierung der Konditionalität auf einige wenige elementare Bestandteile zustimmen würden: Zwar macht es wenig Sinn, im Zusammenhang mit der Vergabe internationaler Kreditmittel den Verzicht auf jegliche Konditionalität in Erwägung zu ziehen; aber eine strikte Begrenzung auf Zins- und Rückzahlungsmodalitäten sowie auf die Abwesenheit massiver und systematischer Menschenrechtsverletzungen wäre schon denkbar.

Hilfreich, um die Unabhängigkeit des IWF von den wirtschaftspolitischen Präferenzen der Hauptgeber zu vergrößern, wäre auch die Stärkung der automatischen Finanzierungsmechanismen des Fonds. So sollte dem IWF in Zeiten weltweiter finanzieller Turbulenzen die Ausgabe zusätzlicher SZRs gestattet werden. Auf diese Weise würde auch eine stärker antizyklische Ausrichtung des Managements der weltweiten Liquidität gefördert werden. Die SZRs bekämen jene größere Rolle im Rahmen des Weltfinanzsystems,

⁵⁴ Zur Funktionsweise dieser Fazilitäten s.: Hans-Joachim Jarchow/Peter Rühmann, *Monetäre Außenwirtschaft, II. Internationale Währungspolitik*, Göttingen (3. Aufl.) 1993, S. 122ff.

⁵⁵ Ähnliche Argumente verwendete in Deutschland die Deutsche Bundesbank, der es allerdings im Wesentlichen darauf ankam, eine Aufweichung der traditionellen IWF-Konditionalität zu verhindern; vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, *Die Rolle des Internationalen Währungsfonds in einem veränderten weltwirtschaftlichen Umfeld*, in: Monatsbericht, September 2000, S. 15ff.

⁵⁶ Vgl. Rainer Falk, *Der IWF und die Armen. Zur Kritik der Strukturanpassungspolitik des IWF am Beispiel der ESAF*, WEED-Arbeitspapier, Bonn, Nr. 1/1998.

welche die Entwicklungsländer immer wieder gefordert haben.⁵⁷

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Idee, dem Fonds eine Rolle in der internationalen Entwicklungsfinanzierung einzuräumen, in anderer Form durchaus überlegenswert ist, wie der inzwischen schon etwas in die Jahre geratene „Link“-Vorschlag zeigt. Dieser bezieht sich explizit darauf, den SZR-Mechanismus zur Aufbringungen zusätzlicher Finanzmittel für entwicklungspolitische Zwecke zu nutzen⁵⁸. Ähnlich könnte überlegt werden, einen von Grund auf reformierten IWF als Aufbringungsmechanismus im Rahmen der Einführung einer internationalen Kapitaltransaktionssteuer („Tobin-Steuer“) zu nutzen.

Allerdings gibt es keinen zwingenden Zusammenhang zwischen der Nutzung des Fonds als Aufbringungsmechanismus für neue entwicklungspolitische Finanzierungs- und der Ansiedlung bestimmter Finanztöpfe beim IWF. Wo bestimmte Finanzierungsfunktionen angesiedelt werden, ist in der Regel eine Frage der politischen Grundsatzentscheidung. Nach den bisherigen Erfahrungen mit den Bretton-Woods-Institutionen stellt sich diese Frage doch etwas grundsätzlicher als noch vor zehn oder 20 Jahren: Warum nicht, wie Jeffrey Sachs kürzlich vorgeschlagen hat, die Weltbank dem Privatsektor überlassen und für die Finanzierung sinnvoller Programme und Projekte einen neuen Entwicklungsfonds bzw. eine Entwicklungsagentur im Rahmen der Vereinten Nationen gründen, wie es die Entwicklungsländer seit langem immer wieder gefordert haben?⁵⁹ Ganz neu,

aber doch ganz nach der alten Devise: den Fonds als Bank und die Bank als Fonds! Derartige Vorschläge hatten in den Hoch-Zeiten des neoliberalen Marktfundamentalismus freilich wenig Realisierungschancen. Wahrscheinlich könnte sich dies grundlegend erst „jenseits des Washington-Konsenses“ ändern. Ein Ort, wo derartige Ideen in der nächsten Zeit neu belebt werden könnten, ist immerhin der jetzt beginnende UN-Prozess zur Vorbereitung der Weltkonferenz über „Financing for Development“.

4.2. Schuldnerschutz vor dem IWF

Wie oben angedeutet, ist die Frage der Regulierung des Schuldner-Gläubiger-Verhältnisses getrennt von den Finanzierungsfunktionen des IWF in Krisenfällen zu behandeln. Im Kontext einer wirklichen Reformperspektive für den IWF geht es in erster Linie um die Überwindung der einseitigen Rolle, in die der Fonds seit der Schuldenkrise der 1980er Jahre als Beitreibungsagentur für Gläubigerforderungen hinein gewachsen ist. In diesem Zusammenhang hat UNCTAD kürzlich eine Veränderung der *IWF-Articles of Agreement* dahingehend vorgeschlagen, dass die Schuldnerländer künftig bei einer begründeten einseitigen und vorübergehenden Einstellung des Schuldendienstes vor Gegenmaßnahmen (auch gerichtlichen) der Gläubiger geschützt werden. Denn: „Ohne einen statuarischen Schutz der Schuldner kann nicht erwartet werden, dass die Verhandlungen mit den Gläubigern über eine Restrukturierung der Kredite in eine gleiche Lastenteilung münden. Im Gegenteil haben die Gläubiger im Rahmen der jüngsten Umschuldungsverhandlungen nicht die Konsequenzen der Risiken übernommen, die sie eingegangen sind; vielmehr haben sie die Regierungen der Entwicklungsländer dazu gezwungen, die Verantwortung für die Schulden der Privaten zu übernehmen und eine einfache Verlängerung der Fälligkeiten zu Strafgebühren zu akzeptieren.“⁶⁰

Für das Management und die Überwachung ordnungsgemäßer Umschuldungsprozesse („orderly debt workouts“) wird deshalb die Einrichtung einer unabhängigen Schiedsinstanz vorgeschlagen⁶¹. Ein anderer viel diskutierter Vorschlag ist die Schaffung einer internationalen Insolvenz nach dem Modell von Kapitel 9 des US-Konkursgesetzes.⁶² Entscheidend für die Ausgestaltung derartiger Mechanismen ist in jedem Falle, dass sie als *unabhängige* internationale Instanz errichtet werden müssen und *nicht* beim IWF angesiedelt werden können, da dieser auf absehbare Zeit auf Grund seiner Finanzierungsfunktionen als Krisenmanager Partei auf der Gläubigerseite bleiben wird. Andernfalls können die Schuldner letztlich nicht vor den eigenen Gläubigerinteressen des IWF geschützt werden.

5. Die Zukunft des IWF in der Global Governance

Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, bleiben für einen reformierten IWF auch in einem veränderten weltwirtschaftlichen Umfeld wichtige Steuerungs- und Regulierungsaufgaben. Doch werden solche Reformen weder durchsetzbar sein, noch wird der reformierte Fonds über die erforderliche Legitimität verfügen, wenn nicht auch seine eigenen Governance-Strukturen radikalen Veränderungen unterzogen werden. Selbst wenn sich die Industrieländer im Rahmen der durch zunehmende Krisen beförderten Tendenz zur „Re-Regulierung der Weltwirtschaft“⁶³ untereinander auf ein stärker regelgestütztes globales Finanzsystem mit einem erneuerten IWF in seinem Zentrum einig-

⁵⁷ Vgl. Griffith-Jones/Ocampo, a.a.O., S.48ff. Immer wieder wird auch zu Recht darauf hingewiesen, dass die Relation zwischen der Finanzausstattung des IWF und solchen Indikatoren wie dem weltweiten Output oder Handel sich im Laufe der Jahre dramatisch zuungunsten der Interventionsfähigkeit des IWF verschoben hat.

⁵⁸ Vgl. zu diesem Vorschlag eines entwicklungspolitischen Links im IWF kurz und überblicksartig: Hans-Joachim Jarchow/Peter Rühmann, *Monetäre Außenwirtschaft*, a.a.O., S. 181 ff.

⁵⁹ Jeffrey Sachs, *Keine Bank, sondern eine Weltentwicklungsagentur!* (Übersetzung aus der „Financial Times“), in: W&E 09/2000.

⁶⁰ UNCTAD, TDR 2001, a.a.O., S. 69.

⁶¹ Vgl. UNCTAD, TDR 2001, a.a.O., S. 68ff und 132ff.

⁶² Vgl. Kunibert Raffer, *Ein internationales Insolvenzverfahren? Wirtschaftlich notwendig und gut für die Armen?*, in: W&E 06/1995.

⁶³ Vgl. das Prokla-Schwerpunktheft zum Thema „Re-Regulierung der Weltwirtschaft“: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 118/Nr. 1/März 2000.

ten, würde dies wahrscheinlich im Wesentlichen die Interessen der großen und reichen Länder reflektieren und weniger die Überwindung des Ungleichgewichts zwischen Schuldner und Gläubigern⁶⁴. Solange keine wesentlichen Fortschritte in Bezug auf die Überwindung der strukturellen Asymmetrie zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern sowie zwischen Überschuss- und Defizitländern, die dem herrschenden internationalen Finanzsystem inhärent ist, durchgesetzt werden können, bleibt es für die Entwicklungsländer von entscheidender Bedeutung, ihre nationalen Handlungs- und Souveränitätsspielräume abzusichern. Dies betrifft beispielsweise die Möglichkeiten zu einer eigenständigen Investitionspolitik oder das Recht zum Rückgriff auf Kapitalverkehrskontrollen, um sich vor spekulativen Attacken zu schützen.⁶⁵ In der Gruppe der 77 drückt sich der Widerstand gegen die unbesehene Übernahme neuer finanzpolitischer Regelungen, die ohne eine gleichberechtigte Teilnahme des Südens entwickelt wurden, in der Losung „No Harmonization without Representation!“ aus. Dies gilt auch für die Konditionalitätsproblematik: Die Entwicklungsländer bleiben extrem sensibel gegenüber jeglicher Unterminierung ihrer Souveränität, solange sie aus den relevanten Entscheidungsprozessen in den internationalen Finanzinstitutionen ausgeschlossen bleiben⁶⁶.

Das systematische Machtungleichgewicht im IWF wird im Wesentlichen durch ein Stimmrechtssystem konsolidiert, das den Industrieländern gesicherte Mehrheiten und den USA in den meisten Fragen eine Sperrminorität sichert. Mit einem Stimmenanteil von 17,5 Prozent können letztere in allen zentralen Fragen Entscheidun-

gen blockieren. Da wichtige Fälle, wie die Entscheidungen über Quotenerhöhungen, die im IWF einer Mehrheit von 85 Prozent bedürfen, in den USA nicht nur in die Zuständigkeit der Regierung, sondern auch des Kongresses fallen, werden derartige Entscheidungen letztlich vom Parlament eines einzigen IWF-Mitgliedslandes gefällt⁶⁷. Da die Stimmrechte der Mitgliedsländer auf der Verteilung der Quoten im IWF beruhen, aber auch eine Änderung der Quotenverteilung einer Mehrheit von 85 Prozent bedarf, gehört es zweifellos zu den schwierigsten Aufgaben einer konsequenten Reformpolitik, die strukturelle Macht-Asymmetrie innerhalb des IWF aufzubrechen.⁶⁸

Vor diesem Hintergrund wird sich die Schaffung adäquater, demokratischer Governance-Strukturen im IWF auf drei Ebenen beziehen müssen:

- erstens* die Einbettung des IWF in ein demokratisiertes UN-System; diese Position vertritt seit einigen Jahren vor allem das *South Centre*⁶⁹;
- zweitens* eine demokratische Neuordnung der Stimmrechte im IWF mit dem Ziel der Erhöhung der Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer (G77)⁷⁰; und
- drittens* eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Entschei-

⁶⁷ Vgl. Aziz Ali Mohammed, *The Future Role of the IMF: A Developing Country Point of View*, in: Jan Joost Teunissen (ed.), *Reforming the International Financial System*, a.a.O., S. 208.

⁶⁸ Wie das Tauziehen um die „Auswahl“ des Nachfolgers von Michel Camdessus auf dem Posten des Geschäftsführenden Direktors des IWF gezeigt hat, ist von dieser Asymmetrie der Machtverhältnisse allerdings keineswegs ausschließlich die „Dritte Welt“ betroffen, sondern auch die europäischen Mitgliedsländer, die bislang keineswegs in der Lage sind, mit einer Stimme im Fonds zu sprechen. Ein bescheidener Ansatzpunkt in diese Richtung kann in der Idee von Bundesfinanzminister Eichel gesehen werden, künftig eine gemeinsame Vertretung mit Frankreich im IWF anzustreben. Ein genuin „europäischer“ Ansatz sollte jedoch wesentlich stärker die Bündnismöglichkeiten mit dem Süden zur Änderung der Kräfteverhältnisse im IWF ausloten.

⁶⁹ Vgl. dazu: South Centre, *For a Strong and Democratic United Nations: A South Perspective on UN Reform*, Geneva 1996, S. 175 ff.

⁷⁰ Vgl. Roy Culpeter, *Global Financial Reform: How? Why? When?*, North South Institute, Ottawa 2000.

ungsstrukturen des IWF (was in der Debatte vornehmlich von NGOs betont wird)⁷¹.

Angesichts der vorherrschenden Kräfteverhältnisse und nicht zuletzt aus pragmatischen Gründen bietet es sich an, die Anstrengungen zunächst auf die Stärkung der Bindungen des IWF an das System der Vereinten Nationen sowie auf die Einforderung von mehr Transparenz, öffentlicher Rechenschaftslegung und Partizipation (von gesellschaftlicher Seite) innerhalb des IWF zu konzentrieren. Während das Verhältnis der Bretton-Woods-Institutionen gegenüber den Vereinten Nationen jahrzehntelang durch eine Art einseitiger Unabhängigkeitserklärung ersterer gekennzeichnet war (obwohl diese formal immer Bestandteil des UN-Systems waren), hat im Zuge der Diskussion um die Strukturanpassungspolitik im Nachgang zum Weltsozialgipfel ein (allerdings sehr bescheidener) Wandel eingesetzt. Inzwischen treffen die Führungsspitzen des IWF und der Weltbank regelmäßig mit dem UN-Generalsekretär zusammen und erstatten einmal pro Jahr auch dem UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) Bericht. Gewisse Fortschritte konnten auch die NGOs mit ihren Forderungen nach der Veröffentlichung wichtiger Dokumente, etwa der „Letters of Intent“, zentraler Programmevaluierungen oder der Berichte über die Kapital-4-Konsultationen (wobei letzteres allerdings an die Zustimmung der betroffenen Mitgliedsregierungen gebunden bleibt) sowie in Bezug auf die Schaffung regelmäßiger Konsultationsmechanismen erreichen.

⁷¹ Vgl. dazu vor allem: Angela Wood, *Structural Adjustment for the IMF. Options for Reforming the IMF's Governance Structures*, Bretton Woods Reform Project: London, January 2001

⁶⁴ Selbst ein konsensuales Entscheidungssystem schließt, wie die Erfahrungen in der Welthandelsorganisation (WTO) zeigen, nicht aus, dass die Entwicklungsrichtung der Organisation durch informelle Machtungleichgewichte geprägt wird.

⁶⁵ Vgl. dazu auch: Yilmaz Akyüz, *The Debate on the International Financial Architecture: Reforming the Reformers*, UNCTAD Discussion Papers, No. 148/April 2000.

⁶⁶ Vgl. dazu auch: Kapur/Webb, a.a.O., S. 18.

Reform der Stimmrechte im Internationalen Währungsfonds (IWF)

(unter Berücksichtigung der ökonomischen Potenz, der Einwohnerzahl und des Rangs auf dem Human Development Index, gewichtet jeweils zu einem Drittel)

Rang	Land / Gruppe	Stimmrechte in %	
		bisher	nach Reform
1	USA	17,8	11,2
2	China	2,3	8,7
3	Indien	2,1	6,4
4	Japan	5,5	6,5
5	Deutschland	5,5	3,2
6	Frankreich	5,0	2,2
7	Brasilien	1,5	2,2
8	Großbritannien	5,0	2,2
9	Italien	3,1	2,0
10	Indonesien	1,0	1,7
G7		44,8	28,0
G24 (ohne Iran)		12,1	19,0
G77		28,4	52,0

Quelle: Jörg Hufschmid, *Demokratisierung, Stabilisierung und Entwicklung. Ein Reformszenario für IWF und Weltbank*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 11/2000.

Gleichwohl bleiben derartige Fortschritte auf prozeduraler Ebene grundsätzlich auf doppelte Weise begrenzt: Unter dem Aspekt wünschenswerter Korrekturen der Weltgemeinschaft an der politischen Ausrichtung der Bretton-Woods-Institutionen ist beispielsweise eine Berichtspflicht des IWF vor der UNO dann von beschränktem Wert, wenn sich auch dort - wie in jüngster Zeit zu beobachten - die Maximen der Marktgläubigkeit, der Privatisierung und Deregulierung verstärkt durchsetzen.⁷² Und auch die Durchschlagskraft von sozialen Bewegungen und NGOs gegenüber den Institutionen der globalen ökonomischen *governance* bleibt letztlich von einem politischen und gesellschaftlichen Paradigmenwechsel abhängig. Bleibt dieser aus, können institutionelle Reformen wie die Einbeziehung von NGOs die Durchsetzung der überkommenen Politik sogar noch

stärken, indem über ihre Kooptation Ressourcen (z.B. Expertise) abgeschöpft und die Durchsetzungsstrukturen der herrschenden Politik effektiviert werden.⁷³

Da es sich beim IWF um eine intergouvernementale Organisation handelt, in der die Regierungen (in Vertretung der Mitgliedsländer) die Politik bestimmen, bleibt die Gewichtung von deren Verhandlungsmacht von entscheidender Bedeutung. Ein besonderes Problem ergibt sich daraus, dass die Mitgliedschaft im IWF zwischen „strukturellen“ Gläubigern und „strukturellen“ Schuldnern aufgespalten ist, seit die Industrieländer nicht mehr auf die Kredite des Fonds angewiesen sind.⁷⁴ Dies befestigte die untragbare Situation, dass die Gläubigergruppe ohne Gewissensbisse Konditionen ausarbeiten und durchsetzen kann, mit deren

Anwendung auf sich selbst sie nie rechnen muss. Diese Asymmetrie kann nur dadurch korrigiert werden, dass zwischen Gläubigern und Schuldnern bei den wichtigsten Entscheidungsprozessen mindestens ein Gleichgewicht hergestellt wird.

Wie Hufschmid in einem einfachen Rechenszenario gezeigt hat, müsste eine Demokratisierung der Stimmrechtsverhältnisse im IWF in diesem Sinne weder das UN-Prinzip „One country - one vote“ noch (wie derzeit der Fall) ausschließlich die ökonomische Potenz eines Landes zur Richtschnur nehmen⁷⁵. Bereits die Berücksichtigung der Einwohnerzahl und qualitativer Entwicklungsmerkmale (wie sie im „Human Development Index“ des UN-Entwicklungsprogramms ansatzweise gemessen werden) neben der ökonomischen Stärke der Mitgliedsländer würde zu einer bemerkenswerten Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb des IWF führen. Wie die nebenstehende Tabelle, in der diese Faktoren jeweils zu einem Drittel gewichtet sind, zeigt, käme nach einer solchen Reform keinem einzelnen Land mehr eine Sperrminorität zu. Insgesamt würde die Position der Entwicklungsländer deutlich aufgewertet. Majorisierungsstrategien, wie sie von den Gebern der Finanzmittel ganz sicher nicht toleriert werden würden, wären unmöglich. Zwänge zu Kooperation und Konsens würden demgegenüber für alle Beteiligten gewährt.⁷⁶

⁷⁵ Vgl. Hufschmid, *Demokratisierung, Stabilisierung und Entwicklung*, a.a.O.

⁷⁶ Für ähnliche Vorschläge se. auch: UNDP, *Human Development Report 1999*, New York-Oxford 1999; José de Gregorio/Barry Eichengreen/Charles Wyplosz, *An Independent and Accountable IMF*, Genfer Reports zur Weltwirtschaft, Nr. 1, Center for Economic Policy Research, Geneva 1999; Robert Blecker, *Taming Global Finance*, Economic Policy Institute, Washington D.C. 1999. Jenseits aller Realität sind solche Vorschläge keineswegs, verfügen doch sowohl der Montreal-Fonds (zur Reduzierung der FCKWs) als auch die in Rio auf den Weg gebrachte Globale Umweltfazilität (GEF) über ein gemischtes *Governance*-Modell, bei dem gegenseitige Majorisierungen ausgeschlossen sind.

⁷² Vgl. dazu zuletzt: Tanja Brühl u.a. (Hg.), *Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess*, EINE WELT Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 2001.

⁷³ Vgl. zur Interaktion von sozialen Bewegungen, NGOs und multilateralen Wirtschaftsinstitutionen ausführlich: Robert O'Brien u.a., *Contesting Global Governance. Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*, Cambridge 2000.

⁷⁴ Die letzte diesbezügliche Transaktion fand 1976 statt.

6. Zusammenfassung: Der Bauplan für die Reform

Viele der in diesem Papier entwickelten Vorschläge liegen sicherlich jenseits dessen, was in einer kurzfristigen Perspektive realisiert werden kann. Insgesamt geht es um nicht mehr und nicht weniger, als den Internationalen Währungsfonds „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen, d.h. seine Politik substantiell zu verändern, seine institutionelle Struktur grundlegend umzustülpen und seine Rolle bei der Regulierung der Weltfinanzen von Grund auf neu zu bestimmen. So unrealistisch viele dieser Vorschläge in kurzfristiger Hinsicht sein mögen, so wichtig ist es, die Arbeit am „Blueprint einer Reform“, an einem Bauplan für die Reform des IWF, fortzusetzen. Nur so können die „Leitplanken“ für die derzeitigen Auseinandersetzungen und die künftigen Debatten gesetzt werden.

Der IWF könnte ein Gremium sein, das die Wirtschaftspolitik seiner Mitgliedsländer koordiniert, kurzfristige und uneigennützig Überbrückungshilfen für seine in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geratenen Mitglieder bereitstellt, ein stabiles globales Wechselkurssystem überwacht und durch die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente finanzielle Ressourcen für Entwicklung aufbringt. Die Realität sieht jedoch bekanntlich anders aus.

In diesem Papier wurde einleitend danach gefragt, welche Funktionen des IWF im Einzelnen gestärkt und welche geschwächt werden sollten. Aus der Zusammenfassung der Diskussion dieser Fragen ergeben sich Kriterien, nach denen der Fortgang der Debatte um die Rolle des IWF, die *en detail* sicherlich durch zahlreiche, im Einzelnen nicht vorhersehbare Faktoren beeinflusst werden wird, künftig bewertet werden kann (s. auch Schaubild rechts):

1. Was die **gesellschafts- und ordnungspolitische Disziplinierungsfunktion** des Fonds

betrifft, so sollte diese so weit wie möglich reduziert werden. Auch wenn sich machtpolitische Asymmetrien zwischen den Akteuren in der realen Welt nie ganz vermeiden lassen, so sind die Zeiten der Monopolansprüche, wie sie der Washington Consensus repräsentierte, vorbei. Was wir brauchen, ist eine Öffnung für einen neuen Wettbewerb um Wege der gesellschaftlichen Entwicklung bzw. neue Spielräume für gesellschaftliche Wahlfreiheiten.

2. Unter dieser Voraussetzung gewinnt die Maximierung bzw. Optimierung beeinflusst der **weltwirtschaftlichen Koordinierungs-, Steuerungs- und Regulierungsfunktion** an Bedeutung. Es geht keineswegs darum, den IWF zu einer weltwirtschaftlichen Omnipotenz-Behörde zu machen; vielmehr muss gerade in der Währungspolitik unter Einschluss regionaler Lösungen nach der jeweils adäquaten Regulierungsebene gefragt werden. Doch für einen so weitgehend amputierten Fonds wie bisher wird es angesichts zunehmender internationaler Regulierungsdefizite keine Legitimationsgrundlage mehr geben.
3. Was die **Finanzierungsfunktion** betrifft, plädiert dieses Papier

für eine unvoreingenommene institutionelle Neuordnung des Systems der internationalen Entwicklungsfinanzierung. Dies schließt die Neufokussierung der Finanzierungsfunktion des Fonds ein. Im Wesentlichen geht es hier um die Stärkung der Mittelaufbringungsfunktion des IWF; die Vergabefunktion kann an anderer Stelle angesiedelt werden.

4. Alles dies wird jedoch nicht funktionieren, wenn nicht zugleich die Demokratisierung der eigenen **Governance-Strukturen** des IWF (und auch anderer internationaler ökonomischer Institutionen) in Angriff genommen wird.

Was die einzelnen Ebenen betrifft, für die Reformziele und -schritte entwickelt werden, so plädiert das vorliegende Papier für eine mehrfache Transformation des IWF. Diese lässt sich in vier Kernbestandteilen zusammenfassen:

(1) Währungspolitik: Aus einem Instrument der Schuldenbeitreibung im Interesse der Gläubiger, das der IWF heute im Wesentlichen ist, sollte langfristig ein Instrument der währungspolitischen Stabilisierung im Interesse aller Mitgliedsländer gemacht werden. Dazu bedarf es eines neuen, internationalen währungspolitischen Arrangements, z.B. einer Übereinkunft über „Zielzonen“ für die Hauptwährungen, das die Mitglieds-

Funktionen des Internationalen Währungsfonds (IWF) - Entwicklungsrichtung notwendiger Reformen

Gesellschafts- und ordnungspolitische Disziplinierungsfunktion

▶ **Minimierung**

Weltwirtschaftliche Koordinierungs-, Steuerungs- und Regulierungsfunktion

▶ **Maximierung**

Finanzierungsfunktion

▶ **(Neu-)Fokussierung**

Governance-Funktion

▶ **Demokratisierung**

länder vor spekulativen Attacken schützt und die „Volatilität“ der Märkte eindämmt. In der Zwischenzeit können regionale Währungsarrangements ein geeignetes Mittel zur Stabilisierung der Finanzmärkte sein.

(2) Kreditvergabe: Die ordnungspolitische Disziplinierung der Länder des Südens durch den Fonds muss überwunden werden, wenn der IWF zu einem uneigennütigen Krisenmanager werden soll, der rasche und großzügige Überbrückungsfinanzierungen für seine in die Krise geratenen Mitglieder bereit stellt. Die erste und wichtigste Voraussetzung dafür ist eine wirkliche Vereinfachung der Kreditkonditionalität, die auf wenige, nachvollziehbare Bedingungen (z.B. Rück- und Zinszahlungsmodalitäten sowie Einhaltung elementarer Menschenrechte) beschränkt werden muss.

(3) Liquiditätsvorsorge: Die unmittelbare Durchführung von Entwicklungsprogrammen gehört nicht zu den Aufgaben des Fonds und sollte daher anderen überlassen werden. Dem IWF sollte eine größere Unabhängigkeit in Bezug auf die „automatische“ Aufbringung von Finanzmitteln eingeräumt werden, sei es über die Bereitstellung von Sonderziehungsrechten für die antizyklische Überbrückungsfinanzierung, sei es durch die Einführung einer Kapitaltransaktionssteuer oder anderer innovativer Finanzierungsformen, wie sie derzeit im Vorbereitungsprozess der UN-Konferenz „Finanzierung für Entwicklung“ diskutiert werden.

(4) Demokratisierung: Das einseitige Dominanzsystem, das einer Minderheit (den Industrieländern) im Fonds eine Übermacht über die Mehrheit (die Entwicklungsländer) sichert, muss abgeschafft und durch symmetrische Entscheidungsmechanismen ersetzt werden. Dabei sollte sich der IWF an Governance-Modellen (etwa dem Anti-FCKW-Fonds des Montreal-Protokolls oder der Globalen Umweltfazilität) orientieren, die Diktate des Nordens ebenso wie Majorisierungsstrategien des Südens vermeiden. ●

Literatur

Yilmaz Akyüz, *The Debate on the International Financial Architectur: Reforming the Reformers*, UNCTAD Discussion Papers, No. 148/April 2000

Elmar Altvater, *Die neue internationale Finanzarchitektur. Zur Regulation und Reform der internationalen Finanzmärkte*, in: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 40, 21. Jg., 1. Halbjahr 2001

Elmar Altvater, *Neue Wege in die Abhängigkeit: Paradoxie der Dollarisierung*, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Nr. 06/2001

Walden Bello, *Dark Victory. The United States, Structural Adjustment and Global Poverty*, London 1994

Walden Bello, *Jurassic Fund: Shoud Developing Countries Push to De-commission the IMF?*, in: Far Eastern Economic Review, Dec. 6, 1999

Robert Blecker, *Taming Global Finance*, Economic Policy Institute, Washington D.C. 1999

BMF, *Stärkung der internationalen Finanzarchitektur. Überlegungen zur Reform des IWF und der Finanzmärkte*, Berlin, 1. März 2001

Tanja Brühl u.a. (Hg.), *Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess*, EINE WELT Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 2001

Fidel Castro, *Für eine neue humane Weltordnung*, in: W&E 03-04/2000

Roy Culpeter, *Global Financial Reform: How? Why? When?*, North South Institute, Ottawa 2000

Deutsche Bundesbank, *Die Rolle des Internationalen Währungsfonds in einem veränderten weltwirtschaftlichen Umfeld*, in: Monatsbericht, September 2000

Heribert Dieter, *Monetary Regionalism: Regional Integration without Financial Crisis*, CSGR Working Paper,

No. 52, University of Warwick, May 2000

William Easterly, *The effect of IMF and World Bank programs on poverty*, World Bank, Washington D.C., October 31, 2000

ders., *The failure of development*, in: Financial Times, 4.7.2001

John Eatwell / Lance Taylor, *Towards an Effective Regulation of International Capital Markets*, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 3/1999

Barry Eichengreen, *Vom Goldstandard zum Euro. Die Geschichte des internationalen Währungssystems*, Berlin 2000

Rainer Falk, *Neue Regeln für die Weltwirtschaft? Der IWF, die Mexiko-Krise und die Aussichten der "Global Governance"*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/1995

Rainer Falk, *Der IWF und die Armen. Zur Kritik der Strukturanpassungspolitik des IWF am Beispiel der ESAF, WEED-Arbeitspapier, Nr. 1*, Bonn 1998

Rainer Falk, *Von Bretton Woods zum "Kasino-Kapitalismus" und zurück? Zu Geschichte und Zukunft des internationalen Finanzsystems*, in: Jürgen H. Kreller/Jost H. Wagner (Hg.), Europa vor globalen Herausforderungen. Beiträge des Trierer Kolloquium Zukunft, IFSF: Trier 2000

Rainer Falk, *Die Zukunft der Entwicklungshilfe: Private Offensive - öffentlicher Rückzug?*, in: W&E, Sonderdienst Nr. 1/2001

David Felix, *Reform der globalen Finanzarchitektur: Bretton Woods Light oder: Die nächsten Schritte*, in: W&E, Sonderdienst Nr. 7/1999

David Felix, *IMF: Case of a Dead Theory Walking*, in: Foreign Policy in Focus, No. 12/April 2000

Wolfgang Filc, *Mehr Wirtschaftswachstum durch gestaltete Finanzmärkte. Nationaler Verhaltenskodex und internationale Kooperation*, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 1/1998

- Michael Frenkel / Lukas Menkhoff**, *Stabile Weltfinanzen? Die Debatte um eine neue internationale Finanzarchitektur*, Berlin u.a. 2000
- John Gershman**, *The Resurgence of the Washington Consensus*, in: Foreign Policy In Focus, Global Affairs Commentary, unter: www.fpif.org
- Jörg Goldberg**, *IMF und Weltbank unter Bush*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2001
- José de Gregorio / Barry Eichengreen / Charles Wyplosz**, *An Independent and Accountable IMF*, Genfer Reports zur Weltwirtschaft, Nr. 1, Center for Economic Policy Research, Geneva 1999
- Stephany Griffith-Jones / José Antonio Ocampo**, *Facing the Volatility and Concentration of Capital Flows*, in: Jan Joost Teunissen (ed.), *Reforming the International Financial System. Crisis Prevention and Response*, FONDAD: The Hague 2000
- Gerald Karl Helleiner**, *Markets, Politics and Globalization: Can the Global Economy be Civilized?*, 10th Raúl Prebisch Lecture, Geneva, 12 December 2000
- Jörg Huffschnid**, *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg 1999
- Jörg Huffschnid**, *Demokratisierung, Stabilisierung und Entwicklung. Ein Reformszenario für IWF und Weltbank*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2000
- Hans-Joachim Jarchow / Peter Rühmann**, *Monetäre Außenwirtschaft, II. Internationale Währungspolitik*, Göttingen (3. Aufl.) 1993
- Devesh Kapur / Richard Webb**, *Governance-related Conditionalities of the International Financial Institutions*, G-24 Discussion Paper Series, Geneva, No. 6/August 2000
- Martin Khor**, *Globalization and the South: Some Critical Issues*, UNCTAD Discussion Papers, No. 147/April 2000. www.unctad.org
- Horst Köhler**, *Report of the Managing Director to the International Monetary and Financial Committee on the IMF in the Process of Change*, Washington D.C., April 25, 2001
- Mahatir interview transcript**, October 5, 2000. www.FT.com
- Aziz Ali Mohammed**, *The Future Role of the IMF: A Developing Country Point of View*, in: Jan Joost Teunissen (ed.), *Reforming the International Financial System*, a.a.O.
- Robert Mundell**, *Poverty, Growth, and the International Monetary System*, Keynote Address held at the Asian Development Bank, 5-9 February 2001
- Robert O'Brien u.a.**, *Contesting Global Governance. Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*, Cambridge 2000
- Prokla-Schwerpunktheft** zum Thema "Re-Regulierung der Weltwirtschaft": Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 118/Nr. 1/März 2000
- Kunibert Raffer**, *Ein internationales Insolvenzverfahren? Wirtschaftlich notwendig und gut für die Armen*, in: W&E 06/1995
- David Reed (ed.)**, *Structural Adjustment, the Environment, and Sustainable Development*, WWF: London 1996
- Report of the International Financial Institutions Advisory Commission** (Meltzer-Report), Washington D.C. 2000
- Bruce Rich**, *Die Verpfändung der Erde. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise*, Stuttgart 1998
- Jeffrey Sachs**, *Keine Bank, sondern eine Weltentwicklungsagentur!* (Übersetzung aus der "Financial Times"), in: W&E 09/2000
- South Centre**, *For a Strong and Democratic United Nations: A South Perspective on UN Reform*, Geneva 1996
- Statement by Mr. Rubens Ricupero** of UNCTAD to the Ministerial Meeting of the Group of 24 at the IMF and World Bank Meetings, Prague, 23-25 September 2000, www.unctag.org
- Jan Joost Teunissen (ed.)**, *Reforming the International Financial System. Crisis Prevention and Response*, FONDAD: The Hague 2000
- UNCTAD**, *The Least Developed Countries 2000 Report: Aid, Private Capital Flows and External Debt: The Challenge of Financing Development in the LDCs*, New York-Genf 2000
- UNCTAD**, *Trade and Development Report 2001: Global Trends and Prospects - Financial Architecture* (TDR 2001), United Nations: Geneva-New York 2001
- UNDP**, *Human Development Report 1999*, New York-Oxford 1999
- Barbara Unmüßig**, *Konditionalitäten und Ownership*, DSE/IMF-Tagung, Berlin, 11./12.6.2001, Ms.
- Kevin Watkins**, *Der Internationale Währungsfonds. Falsche Diagnose - Falsche Medizin*, Oxfam Deutschland: Berlin 2000
- WEED (Hg.)**, *Schuldenreport 1999. Auswege aus der Schuldenkrise der Entwicklungsländer*, Bonn 1999
- WEED (Hg.)**, *Schuldenreport 2000. Schuldenkrise vor der Lösung? Kritische Bewertung der neuen Ansätze zur Entschuldung*, Bonn 2000
- Weltbank**, *Weltentwicklungsbericht 2000/2001: Bekämpfung der Armut*, UNO-Verlag: Bonn 2001
- Martin Wolf**, *The age of financial instability*, in: Financial Times, 13.6.2001
- Angela Wood**, *A Crisis Of Identity? Conflicting Roles For The IMF*, www.brettonwoodsproject.org
- Angela Wood**, *Structural Adjustment for the IMF. Options for Reforming the IMF's Governance Structures*, Bretton Woods Reform Project: London, January 2001
- Angela Wood**, *Carrots and Sticks: a quick fix for IMF conditionality*, April 2001, unter: www.brettonwoodsproject.org
- World Bank**, *Global Development Finance 2001: Building Coalitions for Effective Development Finance*, 2 Vol., World Bank: Washington D.C. 2001

Weitere **weed**-Publikationen:

Kapital braucht Kontrolle

Die internationalen Finanzmärkte: Funktionsweise - Hintergründe - Alternativen

August 2000, 68 Seiten, Preis: 15,- DM

Herausgegeben von: Kairos Europa, WEED

AutorInnen: Anja Osterhaus, Kai Mosebach, Peter Wahl, Peter Waldow

Schuldenreport 2000

Schuldenkrise vor der Lösung? - Kritische Bewertung der neuen Ansätze zur Entschuldung

Juli 2000, 80 Seiten, Preis: 15,- DM

Devisenumsatzsteuer - ein Konzept mit Zukunft

Möglichkeiten und Grenzen der Stabilisierung der Finanzmärkte durch eine Tobin-Steuer (Arbeitspapier).

Febr. 2001, 16 Seiten, Preis: 8,- DM

Autoren: Peter Wahl, Peter Waldow

Krise und Reform der ODA

Aktuelle Trends in der Debatte über die Zukunft der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Arbeitspapier zum Prozess „Finanzierung für Entwicklung“).

Juli 2001, 20 Seiten, Preis: 5,- DM

Autor: Jens Martens

Unternehmen in der Pflicht

Internationale Ansätze zur (Selbst-)Regulierung der Wirtschaft (Arbeitspapier zum Prozess „Finanzierung für Entwicklung“)

Dez. 2000, 16 Seiten, Preis: 5,- DM

Autoren: J.A. Paul, J. Garred

Ebenfalls im **weed**-Vertrieb:

Der Internationale Währungsfonds. Falsche Diagnose - Falsche Medizin

Hg.: Oxfam Deutschland

Sept. 1999, 50 Seiten, kostenlos

Autor: Kevin Watkins



weed

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung

weed wurde 1990 gegründet und ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation. Wir sind mit dem Ziel angetreten, in der Bundesrepublik Deutschland mehr Bewusstsein für die Ursachen der weltweiten Armut- und Umweltprobleme zu schaffen. **weed** engagiert sich in nationalen und internationalen Netzwerken und führt Organisationen und Initiativen in Nord und Süd zusammen.

Unsere Themenschwerpunkte:

- Internationale Verschuldung, Entschuldungsinitiativen und die Rolle Deutschlands
- IWF und Weltbank: Politik, Projekte und Programme
- Reform und Demokratisierung der internationalen Finanzmärkte
- Internationale Handelspolitik und WTO
- Nord-Süd-Politik der Europäischen Union
- Reform und Demokratisierung des UN-Systems
- Hermes-Bürgschaften für Exportgeschäfte der deutschen Wirtschaft

Die Instrumente unserer Arbeit:

- Wir erstellen Recherchen, Hintergrundmaterialien und Arbeitspapiere, z.B. den periodisch erscheinenden „**weed**-Schuldenreport“.
- **weed** führt Kampagnen, informiert politische Entscheidungsträger und unternimmt gezielte Interventionen in politische Entscheidungsprozesse.
- Wir wollen Bewusstsein schaffen durch die Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Tagungen. Wir kooperieren intensiv mit Medien und betreiben Öffentlichkeitsarbeit.
- **weed** arbeitet in nationalen und internationalen NRO-Netzwerken mit. Wir unterstützen und ergänzen die Arbeit anderer Umwelt- und Entwicklungsorganisationen.
- **weed** gibt den monatlichen *Informationsbrief „Weltwirtschaft & Entwicklung“* heraus, einen Fachinformationsdienst für Nord-Süd-Politik und internationale Umweltpolitik.

Schreiben Sie uns oder rufen Sie einfach an:

weed

Bertha-von-Suttner-Platz 13

D-53111 Bonn

Tel: 0228 – 766 13-0

Fax: 0228 - 69 64 70

E-Mail: weed@weedbonn.org

Internet: www.weedbonn.org

ISBN: 3-9806757-6-9